



HAMBURGER GESPRÄCHE
für Naturschutz

2011

Grenzen des Wachstums

MICHAEL OTTO
STIFTUNG



Grenzen des Wachstums

Ein Symposium über Wege
aus der Wachstumsfalle

Vorwort Dr. Johannes Merck	4
Einführung Dr. Michael Otto	5
Grußwort Jutta Blankau	8
Beiträge	10
Die Grenzen des Wachstums – wo stehen wir 40 Jahre danach? Prof. Meinhard Miegel	12
Notwendige Weichenstellungen als Aufgabe der Politik Daniela Kolbe	18
Durch Effektivität aus der Wachstumsfalle Prof. Michael Braungart	22
Reduktion statt Wachstum – warum technische Lösungen nicht helfen apl. Prof. Niko Paech	28
Glück und Zufriedenheit – lassen sie sich mit wirtschaftlichem Wachstum erreichen? Prof. Karlheinz Ruckriegel	34
Diskussion und Ausblick	40
Podiumsdiskussion	42
Die Hamburger Gespräche für Naturschutz	48
Michael Otto Stiftung für Umweltschutz	50
Impressum und Bildnachweise	51



Vorwort

Dr. Johannes Merck, Vorstand der Michael Otto Stiftung für Umweltschutz



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

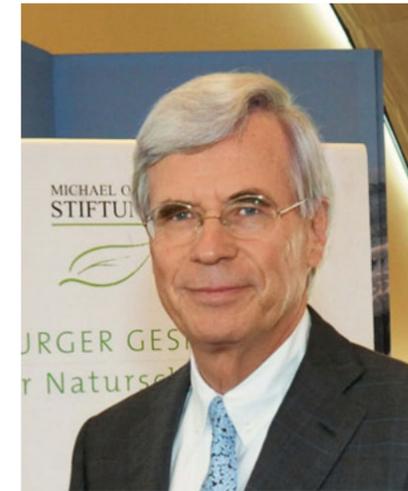
seitens des Vorstandes der Michael Otto Stiftung möchte ich Sie sehr herzlich begrüßen. Wir freuen uns, dass diese Veranstaltung mit dem Thema „Grenzen des Wachstums“ einen so großen Zuspruch gefunden hat. Wir nehmen das als ein dreifaches Kompliment: erst einmal natürlich dafür, dass das Thema interessant ist; sicherlich auch dafür, dass wir die richtigen Referenten ausgewählt haben; und drittens für die Hamburger Gespräche für Naturschutz als solche, die heute zum achten Mal hier in Hamburg stattfinden und die sich mittlerweile einen festen Platz in den Kalendern der an den Themen Umwelt- und Naturschutz in Deutschland interessierten und in diesem Themenfeld arbeitenden Menschen gesichert haben.

Das Thema, das wir in diesem Jahr ausgewählt haben, ist ein wenig anders als die Themen, die wir sonst in diesem Rahmen diskutieren. Es ist sicherlich etwas abstrakter. Wir sprechen hier ja über Naturschutzthemen und haben das Veranstaltungskonzept 2003 auch ausdrücklich so entwickelt, weil wir der Meinung waren, dass der Naturschutz in der Umweltdebatte nicht ausreichend Berücksichtigung findet. An diesem Umstand hat sich im Großen und Ganzen noch wenig geändert und wir sind deshalb der Überzeugung, dass hieran weiter gearbeitet werden muss. In der Vergangenheit haben wir hier deswegen über Überfischung der Meere, über Artenvielfalt im landwirtschaftlich genutzten Raum oder über den Schutz von besonders artenreichen Lebensräumen, wie beispielsweise dem Wattenmeer, diskutiert.

Heute geht es, wie gesagt, etwas abstrakter zu, es geht um die Grenzen des Wachstums. Aber natürlich haben die Grenzen des Wachstums, die Überforderung der natürlichen Ressourcen und die damit einhergehende Überforderung der Ökosysteme einen ganz unmittelbaren, klaren Naturschutzaspekt, insofern bleiben wir doch unserem Thema treu. Wir glauben aber auch, dass wir hierüber sehr pointiert diskutieren können, vor allem mit den sehr hochkarätigen Referenten, die wir gewinnen konnten. Und es ist eine spannende, womöglich auch eine kontroverse Diskussion, die uns heute ins Haus steht. An dieser Stelle möchte ich mich deshalb schon einmal vorab sehr herzlich bei unseren Referenten für ihr Kommen bedanken und freue mich auf spannende Vorträge und einen lebhaften Austausch.

Einführung

Dr. Michael Otto, Vorsitzender des Kuratoriums der Michael Otto Stiftung für Umweltschutz



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte meine Einführung zum heutigen Thema „Grenzen des Wachstums“ mit einem Zitat beginnen, nämlich aus dem gleichnamigen Bericht. Dessen zentrale Schlussfolgerung lautete: „Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten 100 Jahre erreicht.“ Das gilt meiner Meinung nach heute noch genauso wie vor 40 Jahren, denn Dennis Meadows und seine Co-Autoren stellten es bereits im Jahre 1972 fest.

Die Mahnung wurde vielfach aufgegriffen und diskutiert. Leider muss man an dieser Stelle aber festhalten, dass in den vier Jahrzehnten sehr wenig passiert ist. Im Gegenteil. Nie wuchs die Nachfrage schneller und nie war der Ressourcenverbrauch größer als heute: Fruchtbare Ackerböden verwüsten; Nahrungsmittel und Energiepflanzen treten in immer stärkere Konkurrenz um abnehmende Flächen; Wasser wird in vielen Teilen der Erde knapper; natürliche Vorräte an fossilen Rohstoffen und Metallen nähern sich dem Ende. Der globale Raubbau hat eine stark abnehmende Biodiversität und einbrechende Fischbestände zur Folge. Die weltweiten CO₂-Emissionen steigen trotz gegenteiliger internationaler Verpflichtungen. Lassen Sie mich dies anhand eines einfachen Beispiels illustrieren, dem so genannten „Earth Overshoot Day“. Das ist der Tag im Jahr, ab dem das Naturbudget der Erde aufgebraucht ist. Also der Tag, ab dem die weiteren Ressourcen, die in diesem Jahr verbraucht werden, von der Erde nicht mehr erneuert werden können. 1990 fiel dieser Tag auf den 7. Dezember. In diesem Jahr wurde er bereits am 27. September erreicht.

Wir kommen den ökologischen Grenzen, die die endlichen Ressourcen uns setzen, also immer näher. Trotzdem ist die Weltwirtschaft seit Mitte des 20. Jahrhunderts um mehr als das Fünffache gewachsen. Wenn sie sich weiterhin im gleichen Tempo vergrößert, wird sie im Jahr 2100 80-mal so groß sein wie 1950. Die Folgen sind bei weitem nicht nur ökologischer Natur. Schon heute beobachten wir, dass soziale Unruhen rund um den Globus zunehmen. Eine wachsende Weltbevölkerung und vor allem sich rapide entwickelnde Schwellenländer verlangen nach einer fairen Verteilung der Ressourcen. Und trotz stetig größer werdender Mittelschichten verstärkt sich eher die Ungleichheit. Die soziale Schere geht auseinander, auch in den so genannten entwickelten Staaten. Doch was ist die Lösung für dieses Dilemma?



Die Diskussionen um das Wachstumsthema haben in den vergangenen Jahren an Intensität gewonnen. Weil quantitatives Wachstum im buchstäblichen Sinne an seine Grenzen stößt, setzt sich langsam die Notwendigkeit durch, zu neuen, anderen Ansätzen zu kommen. Zum einen wird eine Abkopplung vom Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch durch gesteigerte Effizienz und Effektivität propagiert. Die Welt braucht dazu einen „Green New Deal“, um Investitionen nachhaltig zu steuern. Die deutsche Bundesregierung ist mit ihrer Energiewende einen Schritt in diese Richtung gegangen. Durch den kontinuierlichen Ausbau von erneuerbaren Energien und die konsequente Durchsetzung von Energieeffizienz-Maßnahmen werden nicht nur grüne Arbeitsplätze geschaffen. Es wird auch unser Wirtschaftssystem auf nachhaltigere Standbeine gestellt. Investitionen in diesem Bereich sind mittel- bis langfristig unerlässlich, um die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Dies befördert auch das ausgegebene Ziel von Politik und Wirtschaft, nämlich eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes, um unseren Wohlstand zu erhalten. Aber natürlich dürfen wir bei allen Erfolgen der Effizienzprogramme den so genannten Rebound-Effekt nicht außer Acht lassen: Es ist nachweisbar, dass sobald die Effizienz sich erhöht, auch der Verbrauch steigt. Was man an einer Stelle spart, gibt man nur zu gerne an anderer Stelle wieder aus. Auch der Effizienz sind also in ihrer Wirksamkeit Grenzen gesetzt. Man kann außerdem die Frage aufwerfen, ob so viel Effizienz und Entkopplung technisch überhaupt möglich sind.

Die andere diskutierte Lösung ist das Streben nach einer Postwachstumsökonomie: weniger verbrauchen und gleichzeitig bewusster leben, so die Devise. Dafür braucht es jedoch in einer Gesellschaft, in der Wachstum immer mit Arbeitsplätzen und somit mit Wohlstand verbunden wird, einen einschneidenden Bewusstseinswandel. Aber ist das überhaupt möglich? Kann sich unsere Gesellschaft – global betrachtet – so tiefgründig ändern? Hat die Politik den Mut, die gesellschaftliche Transformation zu fördern oder wird weiter nur in Legislaturperioden gedacht?

Früher wurde Wohlstand eher als das Gegenteil von Not und Elend ausgelegt. Die Gleichsetzung von steigendem Wohlstand und Wirtschaftswachstum ist eine Deutung der Moderne, die uns jedoch in Fleisch und Blut übergegangen ist. Das Bewusstsein über die Endlichkeit vieler Lebensgrundlagen nimmt aber zu. Immer mehr Menschen fragen heute, ob es nicht eine bessere, eine fairere Alternative gibt. Ob nicht in den entwickelten Ländern, also bei uns, auf das Wachstumsstreben um jeden Preis verzichtet werden sollte. Und ob man sich nicht stattdessen auf eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Ressourcen konzentrieren müsse.

Dies bleibt wohl zunächst unbeantwortet. Interessant ist in diesem Zusammenhang jedoch unser letzter Vortrag heute, in dem ein Glücksökonom die Frage aufwirft, ob sich Glück und Zufriedenheit tatsächlich mit wirtschaftlichem Wachstum erreichen lassen. Zahlreiche Studien haben belegt, dass das ständige Streben nach Wachstum das Glück und die Lebenszufriedenheit der Menschen ab einem gewissen Punkt gerade nicht mehr steigert, sondern sie sogar beeinträchtigt. Ein gern zitiertes Beispiel dafür, welchen anderen Schwerpunkt man setzen kann, ist Bhutan mit seinem Bruttonationalglück. Das Konzept geht davon aus, dass eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft nur im Zusammenspiel von materiellen, kulturellen und spirituellen Schritten, die einander ergänzen und bestärken, geschehen kann. Das Bruttonationalglück beruht auf vier Säulen: Förderung einer sozial gerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung, Bewahrung und Förderung kultureller Werte, Schutz der Umwelt und gute Regierungs- und Verwaltungsstrukturen. Ein Versuch also, den Lebensstandard in einem deutlich breiteren Rahmen zu definieren als ausschließlich über das durch Geldflüsse bestimmte Bruttoinlandsprodukt.

Natürlich kann man auch hier die Frage aufwerfen, ob und wie sich ein solches Modell aus einem abgeschotteten, sehr kleinen Entwicklungsland mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen von neun Euro auf hochentwickelte Industrienationen übertragen lässt. Letztendlich geht es aber, um es mit den Worten von Tim Jackson, einem britischen Professor für nachhaltige Entwicklung, zu sagen, um „ein stärkeres Engagement für Gerechtigkeit in einer endlichen Welt“. Denn „soziale Ungerechtigkeit und auf Umweltzerstörung gegründeter Wohlstand für einige wenige können nicht die Grundlage einer zivilisierten Gesellschaft sein“.

Ich möchte am Ende meiner Ausführungen noch einmal auf die „Grenzen des Wachstums“ von 1972 zurückkommen. Mich hat das Buch damals dazu inspiriert, gezielt Umweltschutz in mein unternehmerisches Handeln zu integrieren. Und auch die Gründung meiner Stiftung, die Sie heute hier zu den Hamburger Gesprächen eingeladen hat, hat ihren Ursprung in der Erkenntnis, dass wir alles tun müssen, um unsere Ökosysteme zu schützen. Die heutige Veranstaltung soll uns alle in besonderem Maße zum Innehalten und Nachdenken anregen, welchen Weg wir gehen müssen, welche Vision und welche Strategie wir entwickeln müssen, um diesen wundervollen Planeten auch für unsere Kinder und Enkelkinder zu erhalten.

Grußwort

Jutta Blankau, Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Freie und Hansestadt Hamburg



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Thesen des Club of Rome sind bereits 40 Jahre alt und doch aktuell wie selten zuvor. Gleichzeitig sind die Themen sehr breit angelegt. Klimaschutz und CO₂-Ausstoß, die Nutzung fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung sowie die langfristigen und globalen Kosten unserer Wachstumsstrategien spielen dabei eine große Rolle. Ich möchte an dieser Stelle den Blick aber weniger in die weite Welt lenken als vielmehr auf Hamburg. Auch hier sind wir von den gleichen Problemen betroffen und müssen eine nachhaltige Stadtentwicklung fördern.

Eine nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet für mich, dass wir die ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung in Einklang bringen müssen, um dabei unserer nationalen Verantwortung ebenso gerecht zu werden wie unserer Verantwortung für die Hamburger und Hamburgerinnen. Um es plastisch auszudrücken: Es gilt zugleich, allen Hamburgern und Hamburgerinnen den Zugang zu Parks und Grünflächen zu sichern, die Mietpreisentwicklung zu bremsen und einen Beitrag zum Klimawandel zu leisten.

Der Senat hat in seinem Arbeitsprogramm angekündigt, dass Hamburg weiterhin einen Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele leisten wird. Diese sehen für Deutschland eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 Prozent bis 2050 vor. Hierzu bereiten wir aktuell einen Masterplan Klimaschutz als Ziel- und Handlungsrahmen für eine langfristige Klimapolitik der Stadt vor. Der Klimaschutz muss sich in eine nachhaltige gesamtstädtische Strategie einfügen, die ökologische, soziale und ökonomische Belange zusammenführt. Dies bedeutet auch, dass die verfügbaren Gelder für den Klimaschutz in Hamburg dort eingesetzt werden, wo sie ihre stärkste Wirkung entfalten, wichtige Umwelt- und Energieinnovationen voranbringen und unserer Wirtschaft guttun.

Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, den Wohnungsbau in Hamburg voranzubringen. Wir haben uns das große Ziel gesetzt, 6.000 Wohnungen im Jahr zu bauen, und hier gilt ebenfalls die Prämisse der Nachhaltigkeit. Wir sehen uns aber auch drängenden sozialen Problemen gegenüber. So wird es für Familien immer schwieriger, Wohnraum im Zentrum unserer Stadt zu finden. Für uns bedeutet das, dass wir in erster Linie mit Neubauten gegensteuern müssen, vor allem mit dem Neubau von gefördertem Wohnraum. Dieser verbraucht Flächen, er bringt Verdichtung und auch hier ist es eine Aufgabe nachhaltiger Stadtentwicklung gegenzuhalten. Baut doch in die Höhe, rufen die fortschrittlichen Architekten. Bebaut die Feldmark im Süden, Westen und im

Norden der Stadt, tönen die weniger an einer nachhaltigen Stadtentwicklung interessierten Planer und Planerinnen. Wenn das mal so einfach wäre. Wir werden, so viel sei versprochen, keine Parkanlagen zubauen. Und wir wollen Bäume auch an unseren Straßen alt werden lassen, denn sie prägen unsere Stadt. Am Montag haben wir begonnen, über 2.500 Bäume im Rahmen unserer Aktion „Mein Baum, meine Stadt“ nachzupflanzen. Mehr als 550 davon sind von den Hamburgerinnen und Hamburgern gespendet worden. Auch an anderer Stelle sorgen wir für Ausgleich. Wir erweitern Schritt für Schritt Hamburger Naturschutzgebiete, so zum Beispiel in diesem Jahr das Rodenberger Quellental. Gleichzeitig arbeiten wir am Biotopverbund und manchmal werden Projekte auch nach Jahren zu großen Erfolgen. Ich denke hier beispielsweise an das hamburgische Wattenmeer, das 1990 als Nationalpark ausgewiesen und 2011 von der UNESCO zum Weltnaturerbe erklärt wurde. Der Titel der Umwelthauptstadt Europas war also nicht nur eine Belohnung für große Ziele, sondern auch für die großen Erfolge der letzten Jahrzehnte.

Eine grüne Umgebung und gute Luft dürfen keine Luxusgüter sein. Bäume müssen auch in sozialen Brennpunkten nachgepflanzt werden. Es gilt für uns, energetische Sanierung voranzutreiben und auf gute energetische Standards im Wohnungsbau zu achten. Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass genau diese Sanierung zu massiven Mietsteigerungen führt und Verdrängungsprozesse am Ende beschleunigt.

Nachhaltigkeit ist also nicht nur eine große politische Idee. Nachhaltigkeit im ursprünglichen Sinne eines Ausgleichs der drei großen Themenbereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales ist vielmehr auch praktische Alltagsaufgabe der Politik in der Großstadt. Ein solcher Ausgleich funktioniert am besten, wenn man langfristige klare Ziele hat und heute diese Ziele praktisch und für die Menschen erfahrbar angeht. Es ist für die Menschen praktisch erfahrbar, wenn vor ihrer Haustür ein neuer Baum steht, wenn Naturschutzgebiete auch Naturerfahrungen ermöglichen, wenn die Alster lebendig bleibt und wenn wir den Lärmschutz verbessern. Auch für den Klimaschutz erreichen wir am meisten, wenn wir auf teure PR-Aktionen verzichten und dafür überlegen, wie viel CO₂ wir ganz konkret mit jedem eingesetzten Euro sparen.

Nachhaltigkeit ist im Mikrokosmos einer Großstadt eine ganz wesentliche Aufgabe. Aber die entscheidende Herausforderung ist es, diese Frage im großen Maßstab anzugehen. Die Hamburger Gespräche für Naturschutz sollen dazu beitragen, hier neue Ideen zu entwickeln und weiterzutragen. In diesem Sinne danke ich der Michael Otto Stiftung und ganz besonders Herrn Dr. Otto für dieses Engagement.

Beiträge



Bereits vor 40 Jahren warnte der Club of Rome, dass bei einem unveränderten Wachstum die Belastbarkeit des Planeten innerhalb der nächsten 100 Jahre erreicht sei. Eine Mahnung, die vielfach diskutiert wurde, jedoch ohne nennenswerte Konsequenzen blieb. Stattdessen ist der Ressourcenverbrauch heute höher denn je. Mittlerweile ist dies nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein ökonomisches und zunehmend ein soziales Problem. Kann die alarmierende Entwicklung noch aufgehalten werden? Die Suche nach Wegen aus der Wachstumsfalle lässt selbst Experten zu ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen.

Die Grenzen des Wachstums – wo stehen wir 40 Jahre danach?

Prof. Meinhard Miegel, Vorstandsvorsitzender des Denkwerks Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung

Prof. Dr. Meinhard Miegel

Meinhard Miegel, 1939 in Wien geboren, ist Vorsitzender des Vorstandes des Denkwerks Zukunft und Mitglied der Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags. In den 1970er Jahren war der studierte Jurist Mitarbeiter des CDU-Generalsekretärs Kurt Biedenkopf, von 1977 bis 2008 wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V. Miegel ist unter anderem Träger des Hanns-Martin-Schleyer-Preises und des Theodor-Heuss-Preises.



Weltweit herrscht heute weitgehend Einigkeit darüber, dass zumindest das quantitative/materielle Wachstum auf unserem Planeten begrenzt ist. Auch mögliche negative Folgen und Begleiterscheinungen eines ungebremsten Wachstums sind hinlänglich bekannt. Dennoch führt die Menschheit ihre tradierten Handlungsmuster fort, zu Verhaltensänderungen ist nur eine Minderheit bereit. Um einen tatsächlichen Bewusstseinswandel zu erreichen, sind verschiedene Hürden zu überwinden.



Wie der Zufall so spielt, hat sich Dennis Meadows, der Hauptautor jener berühmten Studie aus dem Jahre 1972, unlängst vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ zu genau diesem Thema geäußert: „Die Grenzen des Wachstums – wo stehen wir heute?“ Dabei erklärte er, er sei naiv gewesen, als er vor 40 Jahren glaubte, die Menschen würden sich ändern, wenn sie erführen, was auf dem Spiel steht. Sie täten es nicht. Dreierlei habe er seitdem gelernt:

1. Sind die Kosten von Veränderungen auf kurze Sicht hoch, ist die Bereitschaft einer Gesellschaft, sie vorzunehmen, gering, es sei denn, eine Krise bricht aus.
2. Weil das so ist, wurde die Weichenstellung hin zu einer nachhaltigen

Entwicklung versäumt. Jetzt ist es dafür zu spät. Was jetzt noch getan werden kann, ist die Erhöhung individueller und gesellschaftlicher Anpassungsfähigkeit an möglicherweise chaotisch verlaufende Umbrüche.

3. Die Hoffnung, allein mit Technik ließen sich die anstehenden Probleme lösen, ist trügerisch.

Vor diesem Hintergrund forderte er die Enquete-Kommission auf, neue Wohlstandsindikatoren zu entwickeln, die weit über den Indikator des Bruttoinlandsproduktes hinausgehen, und er ermutigte sie zu experimentieren. Im Übrigen aber, so sein resignativer Befund: Vergesst Nachhaltigkeit!

Wo stehen wir heute?

Damit würde ich Dennis Meadows

der ersten von sechs Gruppierungen zuordnen, die ich glaube identifizieren zu können, wenn es um die Beantwortung der Frage geht, wo wir 40 Jahre nach Erscheinen des Buches „Die Grenzen des Wachstums“ stehen. Diese erste Gruppe vertritt – stark vereinfacht – den Standpunkt, die Menschheit habe es versäumt, aus dem Zug auszusteigen, der geradewegs auf einen Abgrund zuführt. Sie habe ihn noch nicht einmal merklich verlangsamt und rase deshalb in eine Katastrophe. Doch bis es so weit sei – und zwar noch in diesem Jahrhundert – säße es sich ganz komfortabel in diesem Zug. Neben Meadows scheint mir auch der Brite James Lovelock zusammen mit einer Reihe weiterer Wissenschaftler in dieser Richtung zu denken, wenn sie erklären, das 21. Jahrhundert werde aufgrund menschlichen Verhaltens zum Jahrhundert des großen Sterbens werden.

Die zweite Gruppe, der ich mich selbst zurechne, ist nicht so pessimistisch. Sie meint, mit großen Anstrengungen sei es durchaus noch möglich, auf einen nachhaltigen Pfad einzuschwenken. Allerdings setze dies innovative Durchbrüche voraus, die die bisherigen erheblich übersteigen müssten. Darüber hinaus seien tiefgreifende individuelle und kollektive Verhaltensänderungen und ein anderer binnengesellschaftlicher und globaler Verteilungsschlüssel erforderlich. Mit Technik alleine gehe es – ganz im Sinne von Meadows – nicht. Damit das alles gelingt, sei ein fundamentaler Bewusstseinswandel vonnöten. Ob dieser jedoch rechtzeitig kommen werde, sei ungewiss.

Eine dritte Gruppe erkennt an, dass die Tragkapazität der Erde begrenzt ist und die Grenzen auch immer häufiger sichtbar werden. Aber sie vertraut darauf, dass diese Grenzen zwar nicht beliebig, aber doch noch für geraume Zeit in die Zukunft verschoben werden können. Deshalb bestehe auf absehbare Zeit kein Handlungsbedarf oder gar Anlass für grundlegende Veränderungen.

Für eine vierte Gruppe ist die Tragkapazität der Erde noch längst nicht erschöpft, sollte sie überhaupt jemals erschöpfbar sein. Im Wesentlichen genüge eine gleichere Verteilung der Ressourcen und erwirtschafteten Güter, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Das sei zwar schwierig, aber durchaus machbar. An sich sei genug für alle da.

Eine fünfte Gruppe sieht die Welt noch lichter. Wohl gebe es Probleme. Diese würden jedoch von notorischen Schwarzmalern maßlos übertrieben. Die jedem Menschen innewohnende Anpassungsfähigkeit an veränderte Umstände sei ausreichend, um jene Probleme zu lösen. Dies gelte insbesondere dann, wenn der Markt seine Kräfte entfalten könne. Die Märkte würden alles schlussendlich richten.

verdienen. Diese Hysteriker und Geschäftemacher fänden sich sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik und nicht zuletzt in der Wirtschaft.

Auch wenn diese Positionen nicht sauber voneinander getrennt werden können und sich hier und da überlappen, so dass sich der eine oder die andere in zwei Gruppen wiederfinden könnte, sind sie doch, wie gesagt, in groben Zügen identifizierbar.



Und schließlich die sechste Gruppe. Für sie ist die ganze Debatte ein Gespensterschlacht, vom Zaun gebrochen von Hysterikern und skrupellosen Geschäftemachern, die durch sie Geld

Das erleichtert die Feststellung, dass sich das öffentliche Meinungsbild in den zurückliegenden 40 Jahren deutlich verschoben hat. Dominierten noch bis in die 1990er Jahre die Positionen



sechs bis vier, also: Das Ganze ist eine Gespensterschlacht, der Markt und die Natur des Menschen werden es richten beziehungsweise bei gleicherer Verteilung ist genug für alle da, so stehen seit einiger Zeit die Positionen drei bis eins im Vordergrund, also: Die Technik werde die Probleme lösen, eine Lösung erfordert große Anstrengungen in unterschiedlichen Bereichen und: Es ist zu spät!

Um Genaueres über die Gewichtung dieser verschiedenen Positionen zu erfahren, sollte bei Gelegenheit eine empirische Untersuchung durchgeführt

werden, die ich hiermit ausdrücklich anregen möchte.

Grenzen des Wachstums als globales Thema

Doch unabhängig davon, was das Ergebnis einer solchen Untersuchung sein wird, lässt sich schon jetzt sagen, dass es – anders als vor 40 Jahren – heute einen globalen Konsens darüber gibt, dass die Menschheit mit ihrem Wirtschaftswachstum Probleme hat. Ein solcher Konsens ist nicht viel und auch sicher nicht die Lösung. Aber im Vergleich zu den 1970er und 1980er

Jahren ist er ein beachtlicher Schritt, den alle diejenigen als Erfolg verbuchen können, die die Thematik vor 40 Jahren angestoßen und über die Jahre verfolgt haben: Global wird über die Grenzen des Wachstums debattiert und die große Mehrheit erkennt solche Grenzen inzwischen auch an. Dissens besteht hingegen weiterhin hinsichtlich der Frage, ob diese Grenzen überwindbar sind, das heißt gesprengt werden können, oder ob sie unüberwindbar sind und deshalb angenommen werden müssen.

Allerdings ist diese Debatte bislang allenfalls punktuell auf der Handlungs-

ebene angelangt. Jedenfalls hat noch keine der zahlreichen Institutionen, die sich an ihr beteiligen – UNEP, WBGU, WWF und so weiter –, erklärt: „Wir befinden uns wieder auf einem verallgemeinerungs- und zukunftsfähigen und mithin nachhaltigen Pfad.“

Fortsetzung lebensbedrohender Trends

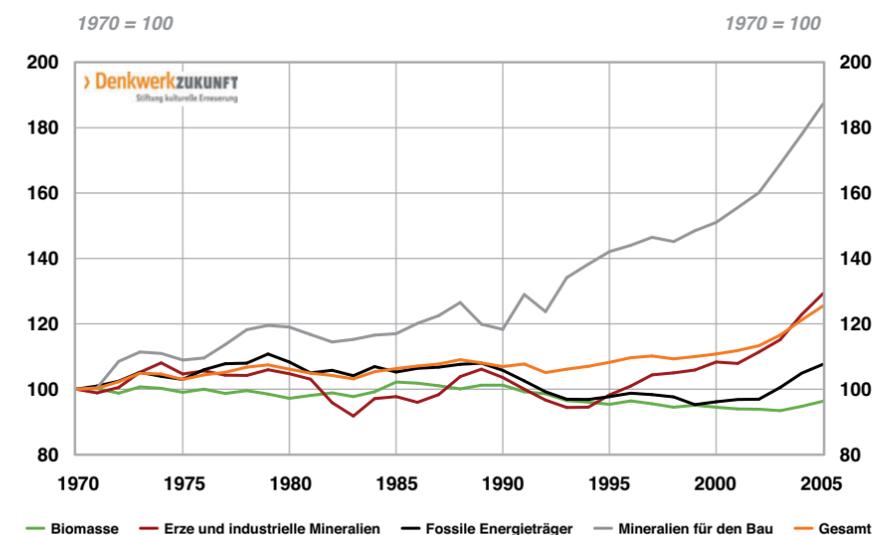
Im Gegenteil. Die Lektüre der einschlägigen Berichte ist deprimierend und nicht selten alarmierend. Ich zitiere wenige Schlagzeilen aus dem Bericht vom WBGU – ich könnte auch andere Quellen benutzen. Hier heißt es: „Politik hat bei Bekämpfung globaler Umweltprobleme – mit wenigen Ausnahmen – bislang versagt.“ Oder: „Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung ist weiterhin ungelöst und darüber hinaus schließt sich das Zeitfenster zum Handeln schnell.“ Oder: „Um die Lebensgrundlagen der Menschheit zu erhalten, ist ein grundlegender Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft dringend notwendig.“ Oder: „Von der notwendigen Trendwende ist die Welt noch weit entfernt.“ Oder: „Hoffnungen auf verbindliche internationale Vereinbarungen haben sich bisher nicht erfüllt.“ Ich könnte mit solchen Zitaten fortfahren, möchte es aber bei diesen belassen.

Und wenn die Gravamina benannt werden, dann ist die Rede vom Klima, industriellem Metabolismus, Verlust von Ökosystemleistungen und biologischer Vielfalt, von Bodendegradation, gestörten Wasserhaushalten, Rohstoffverknappung und anderem mehr. Geht der Verbrauch regenerierbarer Ressourcen

Abb. 1 Weltweiter Ressourcenverbrauch 1970-2005

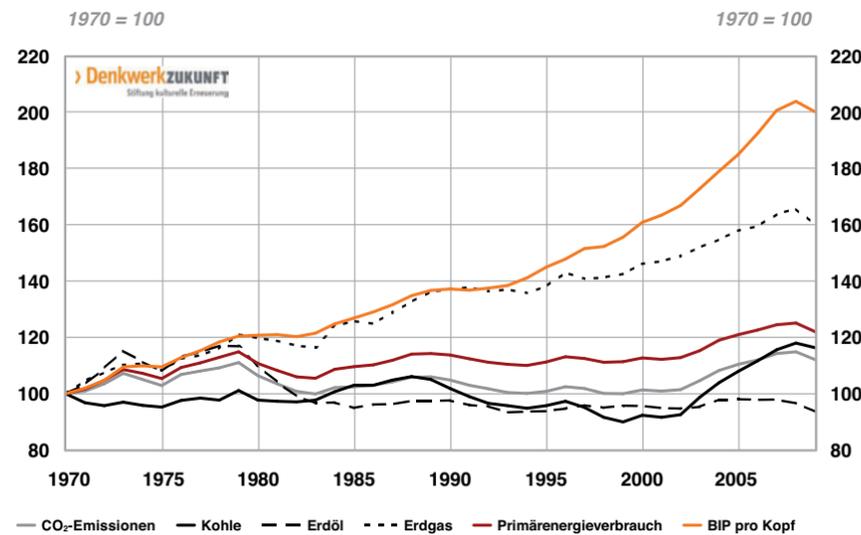
Quelle: Krausmann et al. (2009)

Abb. 2 Weltweiter Ressourcenverbrauch je Einwohner 1970-2005



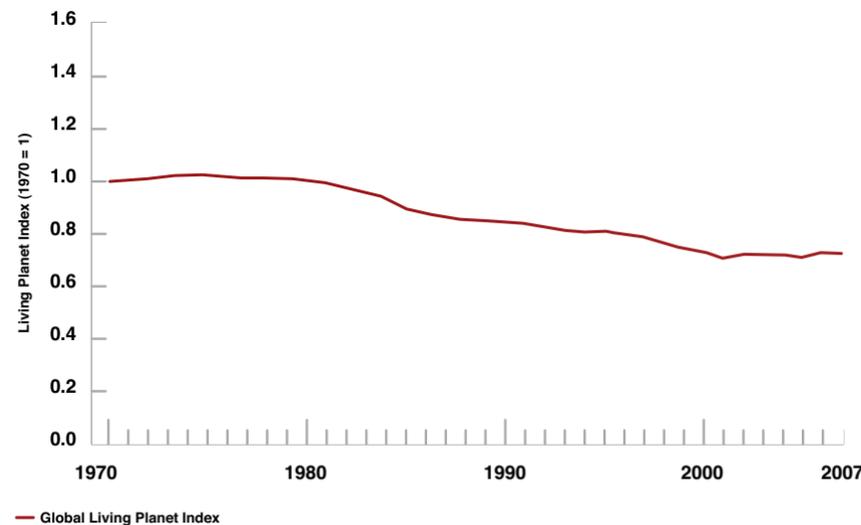
Quelle: Krausmann et al. (2009)

Abb. 3 Weltweite Entwicklung von Energieverbrauch und Emissionen pro Kopf 1970-2009



Quelle: BP (2010)

Abb. 4 Biodiversität: Entwicklung des Living Planet Index 1970-2007



Quelle: WWF (2010)

weiter wie bisher, dann – so der WWF – benötigte die Menschheit 2010 1,6 Planeten, 2030 voraussichtlich 2 und 2050 wahrscheinlich 2,8 Planeten.

Zwar gibt es auch den einen oder anderen Lichtblick, zum Beispiel in Deutschland, das aus der Sicht vieler Länder als ökologischer Musterknabe gilt. Aber auch hier weisen drei von elf Nachhaltigkeits-(Umwelt-)Indikatoren in die falsche Richtung, und zwar die Indikatoren „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“, „Transport“ und „Personentransportintensität“. Weitere sechs Indikatoren hinken der Zielsetzung erheblich hinterher. Und nur zwei Ziele dürften in der vorgegebenen Zeit erreicht werden, nämlich die Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie. Doch auch das sind nur Zwischenziele. Eine Lösung der Problematik stellt die Erreichung dieser Zwischenziele noch nicht dar.

Den Teufelskreis durchbrechen

Trotz aller Erkenntnisgewinne und punktueller Bemühungen marschiert die Menschheit insgesamt in die falsche Richtung. Dies verdeutlichen auch verschiedene Schaubilder, die Sie hier sehen. Sie offenbaren ein Dilemma: Mit der Verbesserung des materiellen Lebensstandards, die durch das Wirtschaften des Menschen bewirkt wird, geht beim bisherigen Wirtschaftsmodell eine Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen einher. Soll dieser Teufelskreis durchbrochen werden, ist zunächst auf einen Bewusstseinswandel hinzuwirken, der zugleich wesentlich



intelligenter, das heißt ressourcen-, umwelt- und gesellschaftsverträglichere Wirtschaftsformen und eine gleichmäßigere Verteilung des Erwirtschafteten ermöglicht.

Auf dem Wege zu diesem Bewusstseinswandel sind Hürden zu überwinden, von denen mir fünf besonders bedeutsam erscheinen:

- Die Herausforderungen erscheinen vielen noch immer als zu unbestimmt und fern,
- die öffentliche Meinung wird nach wie vor von Repräsentanten spezifi-

scher Interessen manipuliert bis hin zu gezielten Desinformationen,

- der Einzelne und selbst ganze Völker haben im Blick auf die Größe der Herausforderung ein Gefühl der Ohnmacht,
- verbreitet herrscht Unwissen und Unvermögen und schließlich gibt es noch immer
- zu wenige Vorbilder für ein verallgemeinerungs- und zukunftsfähiges und damit umweltverträgliches Wirtschaften.

Aus meiner Sicht geht es jetzt vorrangig darum, diese Hürden zu überwinden, damit nicht in einigen Jahren oder wenigen Jahrzehnten jene recht bekommen, die ich zur Gruppe eins gerechnet habe. Denn so viel ist wohl unbestreitbar: Die verbliebene Zeit ist knapp geworden.

Notwendige Weichenstellungen als Aufgabe der Politik

Daniela Kolbe, MdB und Vorsitzende der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages

Daniela Kolbe

Die 1980 in Thüringen geborene Diplom-Physikerin Daniela Kolbe war von 2004 bis 2009 Vorsitzende der Jusos Leipzig und ist seit 2005 stellvertretende Vorsitzende der SPD in Leipzig. Seit 2009 ist Kolbe Mitglied des Deutschen Bundestages für die SPD-Fraktion, seit 2010 stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Bundeszentrale für Politische Bildung und seit 2011 Vorsitzende der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.



Das Bruttoinlandsprodukt ist aus verschiedenen Gründen nicht geeignet, als Wohlstandsindikator den Entwicklungsstand einer Gemeinschaft abzubilden. Wir brauchen daher einen ergänzenden, umfassenden Wohlfahrts- und Fortschrittsindikator, der Dimensionen wie Gesundheit, Verteilung, Bildung und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen abbildet und politisch sowie öffentlich wirksam ist.



Das Thema „Grenzen des Wachstums“ hat derzeit landauf, landab Hochkonjunktur und die Säle sind prall gefüllt, wo immer Referenten zu diesem Thema auftreten. Das ist schon eine erstaunliche Geschichte, wo doch noch vor zehn Jahren Menschen, die über die Grenzen des Wachstums sprechen wollten, die über Nachhaltigkeit geredet haben, eher am gesellschaftlichen Rand standen und als bunte Vögel betrachtet wurden. Ich freue mich über diese Renaissance der bunten Vögel.

Ich möchte probieren, Ihnen einen kleinen Einblick zu geben in das, was wir als Enquete-Kommission vorhaben. Ich habe die Ehre, dort mit Professor Miegel und vielen anderen zu diskutieren. Und möglicherweise setze ich auch den Akzent an der einen oder anderen Stelle etwas anders als Professor Miegel, so wie das nun einmal ist in überfraktionellen Institutionen.

Als die große Studie des Club of Rome herauskam, war ich zwar noch nicht auf der Welt, doch wenn ich einen Rückblick

wage, dann macht sich bei mir eine große Frustration breit, versehen mit einigen Hoffnungssprengeln. Es ist wirklich frustrierend zu sehen, wie groß der Unterschied ist zwischen dem, was wir schon seit Jahrzehnten wissen über das, was zu tun wäre, und dem, was wir tatsächlich tun. Die Politik hat sich in manchen Reden tatsächlich schon ein bisschen in Richtung Umsetzung bewegt, wenn man sich beispielsweise den Ressourcenverbrauch und den Klimawandel ansieht, aber die Lücke bleibt frustrierend groß zwischen dem, was wir wissen und dem, was wir tun.

Gleichzeitig würde ich sagen, dass in den letzten 40 Jahren schon sehr viel passiert ist, gerade in Deutschland. Den ganz pessimistischen Ausblick, den Professor Meadows bei seiner Rede vor der Enquete-Kommission gegeben hat, würde ich also nicht ganz teilen. Seine Arbeit und auch die Arbeit vieler anderer haben einen Einfluss gehabt und gezeigt,

dass die Politik nicht komplett taub ist. Sie ist auch willens zu handeln – allerdings nur unter bestimmten Umständen.

Von der Krise zum Wandel

Die Zeit für die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, der ich vorsitze, ist aus meiner Sicht exzellent gewählt. Sie wurde aufgrund einer mannigfaltigen Krisenerfahrung als rot-grüne Initiative ins Leben gerufen. Die Grünen haben sie vor dem Hintergrund der sich immer stärker abzeichnenden Klimakatastrophe initiiert. Die Sozialdemokraten wollten viel mehr darüber diskutieren, was zur Wirtschafts- und Finanzkrise geführt hat, also was es für unsere Art des Wirtschaftens bedeutet, dass wir vor dieser riesigen Wertvernichtung standen, die wie aus dem Nichts kam.

Die Enquete-Kommission kommt somit in einer Zeit der großen Krisenerfahrung und ich glaube, dass solche Krisenerfahrungen der richtige Moment

sind, um gewisse Themen auch politisch anzugehen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Das wurde für mich besonders deutlich, als schon während der Arbeit in der Enquete-Kommission das Unglück in Fukushima passierte. Diese Krisenerfahrung hat ebenfalls zu einem gesellschaftlichen Konsens geführt, der vorher niemals denkbar gewesen wäre, nämlich zum Atomausstieg in Deutschland. Und es ist ein nachhaltiger Konsens, denn er ist von Schwarz-Gelb umgesetzt worden. Ein Atomausstieg in Deutschland, wer hätte das gedacht? Und welche Regierung wollte da wieder zurückrudern? Das heißt, wir leben in Zeiten, in denen sich gesellschaftliche Konsense möglicherweise neu ausrichten und neu bilden können. Und ich hoffe, dass das auch der Enquete-Kommission gelingt.

Messung von Wohlstand

Vielleicht noch einmal ein kurzer Blick darauf, warum die Beharrungskräfte in der Politik so groß sind. Das liegt aus meiner Sicht daran, dass wir ganz vehement auf einem Wachstumsparadigma bestehen. Ein Wachstumsparadigma, das beinhaltet, dass Wachstum mit Wohlstand gleichgestellt werden kann. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wurde lange Zeit gleichgesetzt mit Wohlstand. Auch Frau Merkel hat das mannigfaltig getan mit Zitaten wie: „Ohne Wachstum kein Wohlstand“, „Ohne Wachstum keine sicheren Arbeitsplätze“ oder

„Ohne Wachstum keine Verteilungsmöglichkeiten“.

Dieses Wachstumsparadigma hat lange gegolten und die These wäre, dass es in den meisten Politikergehirnen und auch den meisten Gehirnen der Menschen auf der Straße weiterhin gilt. Und das, obwohl es immer brüchiger wird, denn das Bruttoinlandsprodukt hat mannigfaltige Probleme. Da sind zunächst die Messprobleme: Viele Aspekte wie ehrenamtliche Arbeit oder Familienarbeit fließen nicht hinein. Andere Aspekte wie Umweltschäden werden ins Bruttoinlands-

mehr Wohlstand, sondern manchmal sogar das genaue Gegenteil.

Wir sehen an dieser Stelle natürlich auch, dass das Bruttoinlandsprodukt Wohlstand nur unzureichend abbildet, weil es davon ausgeht, dass Wohlstand rein materieller Natur ist. Viele andere Aspekte fließen überhaupt nicht mit ein. Die Frage der Verteilung des materiellen Wohlstands spielt ebenso wenig eine Rolle wie Arbeitsqualität, Zugang zu Arbeit und Umweltaspekte. All das wird natürlich von dieser einen Zahl nicht erfasst. Und auch die Lebenszufriedenheit



produkt mit eingerechnet. Ist es ein Zeichen wachsenden Wohlstands, wenn die Wiederaufbauarbeiten nach dem Hurrikan Katrina das Bruttoinlandsprodukt der USA um ein Viertel erhöhen? Eher zeigt es wohl die Absurdität dieses einseitigen Messinstrumentes: Ein steigendes Bruttoinlandsprodukt bedeutet nicht

wird dort überhaupt nicht abgebildet. Wir sehen eher im Gegenteil, wenn wir uns mal die Lebenszufriedenheit in Deutschland anschauen: Oben ist der Westen und unten kommen dann die neuen Bundesländer mit dazu. Das ist übrigens in den vergangenen Jahrzehnten nahezu gleich geblieben – und das bei eigentlich

schon durchaus beachtlichem Wachstum. Das heißt, die Lebenszufriedenheit hat mit Wirtschaftswachstum eigentlich fast nichts oder nur mittelbar etwas zu tun.

Alternative Wohlstandsindikatoren

Ein Ansatz, den meine Enquete-Kommission wählt, ist, diesem übermächtigen Bruttoinlandsprodukt, das in vielen Fällen die entscheidende Kennzahl für politisches Handeln ist, andere Indikatoren zur Seite zu stellen. Wir versuchen also, alternative Wohlstandsindikatoren oder möglicherweise auch nur einen alternativen Wohlstandsindikator zu entwickeln und ihn dem Bruttoinlandsprodukt auf Augenhöhe

gegangen, denn schauen Sie sich an, welche Wirkmächtigkeit diese eine Zahl, das Bruttoinlandsprodukt, hat. Sie hat es bis in unser Grundgesetz geschafft. Mit der Schuldenbremse steht sie mittlerweile auch dort. Und schauen Sie sich an, wie wirkmächtig Informationen sein können, was Verbraucherverhalten angeht, aber eben auch was das Verhalten von Politikerinnen und Politikern angeht. Solche alternativen Wohlstandsindikatoren könnten dazu beitragen, dass wir Konflikte viel klarer sehen. Im Moment geht es darum, das Bruttoinlandsprodukt zu maximieren, koste es auch sozialen Zusammenhalt, zerstöre es auch die Umwelt. Also sind wir im Moment wie der Hamster im



entgegenzustellen. Das wird mitunter ein wenig belächelt: Ja, was sollen da denn noch weitere Indikatoren? Ich persönlich würde sagen, wenn wir am Ende dieser Enquete-Kommission wirkmächtige Wohlstandsindikatoren haben, die medial rezipiert werden, dann sind wir einen großen Schritt in die richtige Richtung

Hamsterrad auf das Bruttoinlandsprodukt geeicht, koste es, was es wolle.

Wir sind da in einer sehr kontroversen und konstruktiven Diskussion bei der Arbeit an diesen Indikatoren. Ein bisschen sind wir dabei auf der Suche nach der eierlegenden Wollmilchsau, könnte man sagen, denn der Indikator oder die Indikatoren

müssen alles Mögliche können: Sie sollen medial gut vermittelbar sein, gleichzeitig aber natürlich wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Sie sollen beschreiben, was Wohlstand in Deutschland ausmacht, denn was hier Wohlstand bedeutet, soll für die Politik ein Maßstab sein. Außerdem sollen sie aber international vergleichbar sein. Wir wollen natürlich möglichst oft wissen: Wie ist das mit dem Wohlstand in Deutschland? Wie hat er sich entwickelt? Doch sind wir, was die statistischen Verfügbarkeiten von Zahlen angeht, noch längst nicht so weit, dass wir das wirklich leisten könnten. Das heißt, wir stecken mitten in einer sehr intensiven Diskussion.

Ich persönlich glaube, dass es wichtig ist, einen Indikator oder Indikatoren zu entwickeln, die medial die größtmögliche Resonanz haben, eben weil das Bruttoinlandsprodukt derart präsent ist. Uns ist nicht geholfen, wenn wir wie in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie dreißig oder mehr Indikatoren haben, die zwar sehr gut messen, aber zumindest draußen in der Bevölkerung fast überhaupt keinen Effekt haben. Wenn wir tatsächlich Wirkmächtigkeit erzielen wollen, dann brauchen wir auch medial vermittelbare Indikatoren.

Wir haben übrigens eine Kurzepertise in Auftrag gegeben, die relativ klein ist, insofern würde ich sie jetzt nicht zu hoch hängen, aber dort haben Journalisten aus sehr hochkarätigen Medien uns gesagt, dass sich mit solchen Indikatoren eine Titelstory oder eine Aussage hinbekommen lassen müsste, die etwas mit dem zu tun hat, was danach kommt. Gleichzeitig sind die Journalisten an tiefgründigeren

Informationen interessiert. Das heißt, sie wollen beides, eine kompakte Zusammenfassung und die Hintergrundinformation. Ich glaube, dass das durchaus eine Anregung für die Enquete sein sollte, genau in diese Richtung zu denken, wie man stark zusammenfasst und gleichzeitig weitergehende Informationen auf einer darunterliegenden Ebene mitliefern kann. Leider habe ich mit diesem Wunsch nicht die breite Mehrheit hinter mir. Wenn ich die Einschätzung der Gesamt-Enquete wiedergeben soll, dann läuft es wohl eher in Richtung einiger weniger Indikatoren.

Die Suche nach Konsens

Unsere Enquete-Kommission ist Anfang des Jahres konstituiert worden. Der Arbeitsauftrag lautet, bis Ende der Legislaturperiode zu arbeiten. Für diese Enquete-Kommission hoffe ich ganz stark, dass das Ende der Legislatur wirklich erst Ende 2013 ist. Wir sind vierunddreißig Mitglieder, interfraktionell nach Stärke der Fraktion besetzt, siebzehn Abgeordnete und siebzehn Externe, jeweils auch von den Fraktionen benannt. Ich glaube, dass eine Enquete-Kommission der ideale Ort ist, um dieses große Thema zu diskutieren, eben weil wir interfraktionell arbeiten und weil wir uns auf gesellschaftliche Konsense einigen müssen. Das heißt, wir sind jetzt sozusagen zweieinhalb Jahre zusammengesperrt und dazu verdammt, Kompromisse und Konsense zu suchen. Und der zweite Punkt resultiert direkt daraus: Wenn solche Konsense gefunden sind, sind sie natürlich in der Lage, auch länger zu überdauern. Gerade wenn wir über Nachhaltigkeit sprechen, ist genau das ja ein großes Ziel.



Wir haben fünf große Aufträge zu erfüllen in dieser Enquete-Kommission. Eine davon ist, den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft zu klären. Anknüpfend an das, was Herr Professor Miegel gesagt hat, bin ich froh, dass Vertreter der von ihm beschriebenen Gruppen zwei und drei die große Mehrheit in meiner Enquete-Kommission bilden. Darüber hinaus ist mein Eindruck, dass es in der Enquete-Kommission mehrheitlich gar nicht darum geht, ob wir Wachstum wollen oder nicht, sondern darum, was für ein Wachstum wir wollen, wie Wachstum gestaltet sein muss und welchen Preis wir dafür zu zahlen bereit sind. Auch die Frage, welches Wachstum wir politisch definitiv nicht wollen, steht bei dieser Diskussion im Raum. Eine große Frage ist weiterhin, ob Wirtschaftswachstum wirklich der geeignete Indikator ist, um die Entwicklung einer Gesellschaft zu definieren oder ob man nicht stattdessen umfassender von Entwicklung sprechen sollte. Der zweite Auftrag ist die Ausarbeitung von Indikatoren, dazu habe ich eben schon einiges ausgeführt. Drittens geht es um die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von technischem Fortschritt, Ressourcenverbrauch und

Wachstum. Aus meiner Sicht – und da spricht die Physikerin aus mir – ein ganz dramatisch wichtiger Punkt. Professor Miegel hat die Zahlen des globalen Fußabdruckes bereits genannt: Wenn alle Menschen so leben würden wie wir, bräuchten wir jetzt mit sieben Milliarden Menschen etwa 2,5 Erden – und wir wollen ja möglicherweise in einer Welt leben, in der auch andere Menschen einen Wohlstand, der mit unserem vergleichbar ist, erzielen. Das heißt, wir müssen dramatisch unsere Ressourceneffizienz erhöhen und natürlich darüber hinaus auch über Suffizienz und andere Aspekte sprechen. Der vierte Punkt ist die Frage, wie eine nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik aussehen könnte. Und fünftens schließlich haben wir den Auftrag zu klären, welchen Einfluss Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile auf die Möglichkeiten nachhaltigen Wirtschaftens haben und wie diese Bereiche gestaltet sein könnten oder müssten, um zu einer verbesserten Lebensqualität beizutragen. Unser Ziel ist es, nach Beendigung unserer Arbeit in einem Abschlussbericht nicht nur die gewonnenen Erkenntnisse zu den Unterthemen darzustellen, sondern auch ganz konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren.

Durch Effektivität aus der Wachstumsfalle

Prof. Michael Braungart, Leiter der EPEA Internationale Umweltforschung GmbH und Professor an den Universitäten Lüneburg, Rotterdam, Twente und Delft

Professor Dr. Michael Braungart

Michael Braungart, 1958 in Schwäbisch Gmünd geboren, ist Gründer der EPEA Internationale Umweltforschung GmbH in Hamburg, Mitbegründer von McDonough Braungart Design Chemistry (MBDC) in Charlottesville, Virginia/USA sowie wissenschaftlicher Leiter des Hamburger Umweltinstituts e.V. Der studierte Chemiker und Verfahrenstechniker ist Professor an den Universitäten Lüneburg, Rotterdam, Twente und Delft und erhielt unter anderem den Umweltpreis des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management e.V. (B.A.U.M.).



Traditionell versteht man unter Umweltschutz, dass man weniger zerstört. Man sagt: Schütze die Umwelt, fahre weniger Auto oder verbrauche weniger Wasser. Das ist aber kein Schutz, es ist nur weniger Zerstörung. Das Prinzip „Cradle to Cradle“ setzt nicht auf die Verringerung der linearen Stoffströme heutiger Produkte und Produktionsweisen, sondern auf deren Umgestaltung in zyklische Nährstoffkreisläufe, so dass einmal geschöpfte Werte für Mensch und Umwelt erhalten bleiben.

Anfang der 1990er Jahre habe ich die Bodenqualität und die Artenvielfalt in den neuen Bundesländern untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass im Osten zwar lokal hohe Belastungen hinterlassen wurden, die Bodenqualität aber insgesamt besser war als irgendeine Probe in ganz Nordrhein-Westfalen. Auch die Artenvielfalt war dort viel höher als im Westen. Und das kam allein durch Ineffizienz. Denn wenn man etwas falsch macht, dann macht man es besser nicht effizient, weil es nur dann gründlich falsch ist. Die erste Frage, die wir uns stellen sollten, lautet also nicht, wie etwas effizient zu gestalten ist, sondern effektiv. Effizienz bedeutet, etwas richtig zu machen. Effektivität heißt zu fragen, was das Richtige ist.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Die Menschen denken, sie schützen die Umwelt, weil die Autoreifen heute doppelt so lange

halten wie vor 25 Jahren. Das ist ein Irrtum. Es werden zwar weniger Autoreifen gebraucht, für die aber bei der Herstellung etwa 600 Chemikalien verwendet werden. 500 davon dürften nie in die Umwelt kommen. Dadurch, dass die Reifen jetzt länger halten, ist der Abrieb viel feinteiliger. Wegen des Feinstaubes ist die Zahl der Asthmafälle drastisch angestiegen. Was ist passiert? Man hat das Falsche perfekt gemacht und damit eben perfekt falsch, anstatt zuerst einmal zu fragen, was das Richtige ist.

Durchschnittliche Innenraumluftqualität in einem Haus in Deutschland ist dreibis achtmal schlechter als Hamburger Außenluft. Und warum? Wir nennen es Energieeffizienz, wir versiegeln die Gebäude und kassieren eine steuerliche Förderung. Und damit machen wir wieder das Falsche perfekt. Die Folge: Asthma



ist inzwischen mit Abstand die häufigste Kinderkrankheit. Darum gilt es, immer zuerst zu fragen: Was ist das Ziel? Was ist der Effekt, den ich erreichen will? Und nicht darum, das Bestehende zu optimieren, weil wir damit eben das Bestehende größtenteils falsch machen.

Von der Wiege bis zur Bahre

Wir reden über die Langlebigkeit von Produkten und verhindern genau damit vielfach die Innovation. Wenn eine Waschmaschine dreißig Jahre hält, dann kann ich die Innovation, die möglich ist, nicht umsetzen. Wir reden vom Produktlebenszyklus, als würden die Produkte leben, doch die einzigen lebenden Produkte sind unsere Kinder. Unsere Produkte sollen lange „leben“, weil wir lange leben wollen. Wir reden von Nachhaltigkeit, aber glauben Sie mir, keine

Innovation ist nachhaltig, sonst wäre sie keine Innovation. Die Waschmaschine war für die Waschfrauen nicht nachhaltig. Die Dampfmaschine war für die Pferdekutschenbetreiber nie nachhaltig. Nachhaltigkeit ist in die Vergangenheit gerichtetes Schuldmanagement. Was man verstehen kann, denn wir haben zum Beispiel den Wald in ganz Mitteleuropa zerstört und daher ein schlechtes Gewissen. Deswegen versuchen wir nun, möglichst wenig schädlich zu sein. Wir versuchen, einen möglichst kleinen ökologischen Fußabdruck zu hinterlassen, denn wir gehen davon aus, dass wir schlecht sind. Und so versuchen wir, möglichst wenig schlecht zu sein.

Ich will Ihnen ein einfaches Beispiel geben. Durch den Phosphatbergbau wird weit mehr Radioaktivität gefördert, als in allen Atomanlagen verwendet wird. Wir hängen dabei letztlich von zwei Ländern ab, die die Weltphosphatvorkommen kontrollieren und durch Spekulation den Markt überschwemmen beziehungsweise die Produktion verknappen. Erinnern Sie sich an den Biologieunterricht: Jeder Mensch muss jeden Tag circa 2 Gramm Phosphat aufnehmen, um Knochen und Zähne bilden zu können, und gibt 2 Gramm Phosphat ab. Dabei ist Phosphor viel seltener als Öl. Und da es keinen vernünftigen Grenzwert für Radioaktivität gibt, wird die Radioaktivität praktisch ungefiltert auf unsere Felder verteilt und erhöht damit die Hintergrundstrahlung. Dennoch gibt es

kein Biosiegel der Welt, das erlaubt, dass unsere eigenen Exkremente zurückgehen. Es ist also nur „Bio“ ohne uns.

Wir denken von der Wiege bis zur Bahre. Wir meinen, wenn wir diesen Prozess etwas optimieren, hätten wir irgendetwas Positives geleistet. Und falls wir es so wie hier in Hamburg nicht schaffen, den Prozess zu optimieren, dann verändern wir wenigstens die Wahrnehmung. Eine Stadt, die in ganz Deutschland das höchste Müllaufkommen, die geringste Altpapierrecyclingrate und die geringste Kompostierungsrate hat, eine Stadt, die weniger Altglas sammelt als alle anderen – so eine Stadt wird Europas Umwelthauptstadt! Das nenne ich Wahrnehmungsmanagement. Von der Wiege bis

zur Bahre bedeutet aber einfach nur, dass der ganze Planet ein bisschen später ein Friedhof sein wird.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die stärksten krebserzeugenden Stoffe Naturstoffe sind, auch die giftigsten Stoffe sind Naturstoffe. Die Natur braucht Krebs, um einen langlebigen Organismus an veränderte Umweltbedingungen anzupassen. Das ist für das Individuum eine Katastrophe, für das Kollektiv aber notwendig. Doch die Natur ist nicht dumm, sie macht keine Chemikalien, die sie in Lebewesen anreichert. Wir finden über 300 Chemikalien in Muttermilch. Ich untersuche mit Kollegen zusammen seit 24 Jahren Muttermilchproben. Es gibt keine einzige Probe, die als Trinkmilch



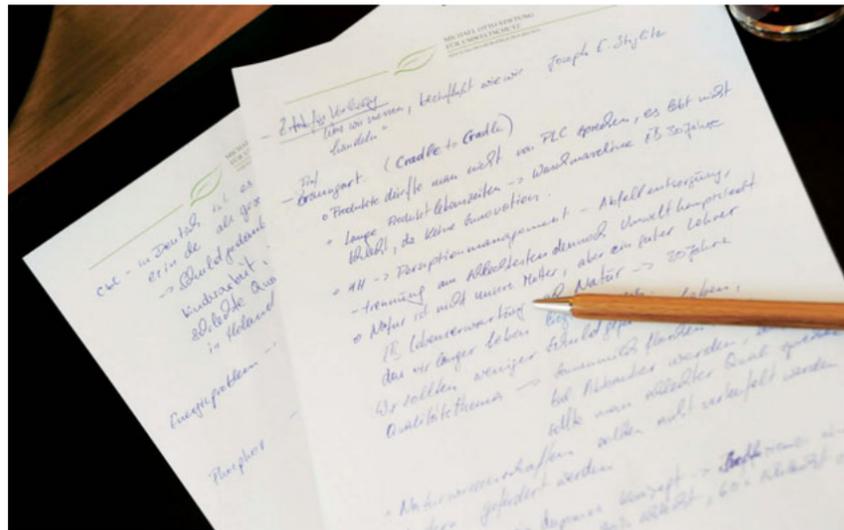
vermarktet werden dürfte. Trotzdem ist das Stillen gut, nicht nur weil die Mutter sich dabei entgiften kann. Und natürlich ist es auch gut, weil die Leber des Babies in den ersten sechs bis neun Monaten nur teilweise funktioniert, so dass der meiste Dreck einfach durchrauscht. Das Stillen ist auf jeden Fall besser als Milchpulver.

Die Natur als Lehrerin

Wir neigen dazu, die Natur zu romantisieren und reden gerne von Mutter Natur. Ich schätze Prinz Charles wirklich sehr, ich schätze auch Vandana Shiva, aber es gibt keine „Mutter“ Natur. Wenn wir von „Mutter“ Natur reden, ist das Kind immer schlecht, weil die Mutter ja gut sein muss. Damit sind wir wieder beim Schulmanagement. Die Natur ist aber nicht unsere „Mutter“, sie ist unsere Lehrerin, unsere Partnerin. Unsere natürliche Lebenserwartung läge bei dreißig Jahren. Dass wir älter als dreißig werden, liegt an uns, an Chemikern, Physikern, Medizinern, Ingenieuren, Architekten und vielen anderen Wissenschaftlern. Und darauf können wir durchaus stolz sein. Also geht es um die Partnerschaft mit Natur. Denn aus Schuld heraus ist man nicht kreativ. Aus Schuld heraus versucht man immer nur, möglichst wenig schuldig zu sein. Und natürlich fühlen wir uns schuldig, wenn wir sehen, dass wir Regionen in den Weltmeeren haben, in denen die Plastik-Konzentration 40-mal höher ist als die Plankton-Konzentration.

Manche sagen, Umweltzerstörung sei unmoralisch. Aber machen Sie es nicht zum Moralthema, denn nicht nur wir Deutsche vergessen die Moral sofort, wenn es uns schlecht geht. Es ist ein

Qualitätsthema. Wenn unseretwegen zwölf Millionen Tonnen Plastik in den Ozeanen landen, dann ist das ein Qualitätsproblem. Wenn man zu dumm ist, ein Sonnenschutzmittel zu machen, das sich im



Meerwasser abbaut, dann fehlt es nicht an Moral, sondern an Qualität. Wer Kinderspielzeug für den Strand herstellt, muss es so konzipieren, dass es in biologische Systeme zurückgehen kann. Das ist ein Qualitätsthema. Wir schauen uns immer den Energieteil an, die ganzen Produktlebenszyklen-Analysen sind immer energielastig. Aber das Energieproblem werden wir lösen. Wahrscheinlich ein bisschen später als notwendig, aber wir werden es lösen, wir verfügen durch die Sonne über mehr als genug Energie. Die Materialseite ist viel kritischer, denn wir haben nicht genügend Meteoriten, die uns Material liefern.

Mit Ökoeffizienz sagt man: Wir sind 100 Prozent schlecht, 90 Prozent schlecht,

80 Prozent – und unser Ziel ist, null zu sein, null Emission, null Abfall. Marktwirtschaftlich betrachtet völlig unsinnig, denn es macht den Kunden klar, das Produkt nicht zu kaufen. Wir haben das

schon vor 16 Jahren beim Ökofernseher im Otto-Katalog gesehen: Wenn man ihn als „Öko“ auslobt, dann kauft ihn niemand. Weil man sich dann sofort fragt, ob man ihn überhaupt braucht. Wenn wir gar nichts kaufen, sind wir doch viel schneller bei null, oder? Das hat verheerende Auswirkungen. Sie machen den Kunden zum Feind. Muss ich wirklich einen neuen Teppich haben? Kann ich nicht noch warten? Kann ich so nicht meinen ökologischen Fußabdruck minimieren? Dieses Denken ist auch stark von der Religion getrieben. Wir sagen, wir sind heute 100 Prozent schlecht, 90 Prozent schlecht, 80 Prozent – und am besten gäbe es uns eigentlich gar nicht, nur Gott kann uns erlösen. Das ist Schulmanagement.

Unsere Gesellschaft bastelt viele Alibis, man verbrennt zum Beispiel Holzschnitzel als nachwachsende Rohstoffe. Durch die Strom-Einspeisevergütung stirbt im Moment die gesamte Europäische Spanplattenindustrie. Man könnte zuerst Holzhäuser, dann Möbel, dann Spanplatten, dann Papier und dann Zellstoff machen, das dann recyceln und es dann verbrennen. Stattdessen haben wir zehn Jahre die Papierreste aus der Altpapieraufbereitung in die neuen Bundesländer gebracht, als angebliche Bodenverbesserer. Das Papier war aber nie dafür entwickelt worden und hat die Böden jetzt genauso verseucht wie im Westen. Oder man baut Mais an. Dabei verliert man damit zwischen elf und dreißig Tonnen an Boden pro Hektar und Jahr. Zwei Drittel des Kohlenstoffs sind im Boden, nicht im Öl gespeichert. Wenn Sie Mais anbauen, um Biogas zu machen, haben Sie von Anfang an eine negative Kohlenstoffbilanz. Sie können also nur kohlenstoffneutral sein, wenn Sie nicht da sind. Das ist die einzige Chance. Selbst wenn Sie sich jetzt erschießen würden, hätten Sie Emissionen. Also lassen Sie es lieber, es hilft Ihnen nicht.

Künstlich heißt nicht schlechter – Ökologismus als Antwort

Wir versuchen, Naturstoffe zu verwenden, zum Beispiel bei der Einrichtung unserer Häuser. Doch wenn wir Teppichboden aus synthetischen Fasern und aus Naturfasern vergleichen, so haben Sie bei letzteren viel mehr Ausgasungen, viel mehr Chemikalien. Das erhöht natürlich die Innenraumluftbelastungen. Es nützt also nichts

zu sagen, wir nehmen nicht den künstlichen Teppichboden, wir nehmen „Natur“, 100 Prozent Wolle. Dann sind Sie nämlich gar nicht in Kontakt mit der Wolle, denn die ist mit Teflon ausgerüstet – somit haben Sie einen Teflon-Teppichboden, bei dem viel mehr Chemikalien herauskommen. Das alles nur, weil wir einen „Naturstoff“ verwenden wollen.

Dann versiegeln wir unsere Gebäude auch noch mit PVC-Tapeten. Etwa die Hälfte aller Häuser haben PVC-Tapeten. In der Folge haben 20 Prozent Schimmelprobleme, die Asthma verursachen. Oder nehmen wir Kinderspielsachen: Die Europäische Union verbietet jetzt 64 statt 39 Chemikalien in Kinderspielzeug. In einigen Spielsachen finden wir aber über 600 gesundheits- und umweltschädliche Chemikalien. Was hilft das jetzt, 64 davon zu verbieten? Das nenne ich Ökologismus. Man tut so als ob. So wie der Sozialismus



nie sozial war, machen wir jetzt einen Ökologismus, der uns alle beschäftigt hält, aber nicht dem ökologischen System nutzt.

Sie können aber schon etwas tun. Trinken Sie zum Beispiel kein Mineralwasser mit Kohlensäure, Sie reduzieren so Ihre CO₂-Menge um drei Liter. Wenn man mit dem Flugzeug kommt, schützt man immer die Umwelt, indem man vorher eine Abführtablette nimmt. Wenn das alle machen würden, in der Maschine von Hamburg nach New York, könnten Sie vier Tonnen Kerosin einsparen. Wenn wir dann noch alle nackt fliegen würden, könnten wir noch einmal zwei Tonnen einsparen. Oder wenn Sie Treppen steigen und dafür zum Ausgleich der Kalorien nur Äpfel essen, kein Fleisch oder sonst etwas, dann brauchen Sie für die Herstellung der Äpfel fünfmal mehr Energie, als wenn Sie stattdessen mit dem Aufzug fahren. Also, wer die Umwelt schützen will, muss immer Aufzug fahren, denn Sie können Ihren Kohlendioxidausstoß dadurch um 80 Prozent reduzieren. Außerdem sterben

Sie dann auch noch ein bisschen früher und können die Umwelt so noch mehr schützen.

Von der Wiege zur Wiege

Die Grundfrage ist eine philosophische oder eine kulturelle: Was ist die Rolle der Menschen auf der Erde? Wir versuchen unseren ökologischen Fußabdruck zu minimieren, weil im Hochgebirge oder in der Tundra der Fußabdruck immer nachteilig ist. Er zerstört den Boden. Wenn Sie aber in Italien über die Wiese laufen, bedeutet der Fußabdruck immer, dass das Wasser länger dort stehen bleibt. Ich möchte einen großen Fußabdruck haben, der ein Feuchtgebiet wird. Der nützlich ist, nicht weniger schädlich. Die Frage ist: Schauen wir uns Kinder an und sagen, es

immer Treppe steigen und nur drei bis sechs Monate leben, entsprechen sie im Kalorienverbrauch etwa dreißig Milliarden Menschen. Die Ameisen aber machen den Regenwald erst möglich. Sie kennen keine Abfallvermeidung, keine Reduzierung, keine Minimierung. Sie sind nützlich, nicht weniger schädlich. Darum geht es, nicht um Effizienz, sondern darum, nützlich zu sein in dem, was wir tun. Ich habe etwa 50 Naturvölker besuchen können. Die Menschen sind immer großzügig und freundlich, wenn sie gemocht werden und sich sicher fühlen. Aber wenn sie Angst haben, wenn man ihre Existenz infrage

ist sicherlich sinnvoll, Öl einzusparen, keine Frage. Aber wo ist unser positiver Fußabdruck, wo sind wir nützlich? Wenn wir versuchen, möglichst wenig schädlich zu sein, dann sind wir viel zu viele Menschen auf der Erde. Wenn wir nützlich sind, könnten wir viel mehr sein.

Was genau ist der Unterschied zwischen Effizienz und Effektivität? Hier ein paar simple Beispiele: Eine Frau isst in ihrem Leben 6,3 Kilogramm Lippenstift, völlig ineffizient, aber ungeheuer effektiv. Oder sehen Sie sich van Gogh an, völlig ineffizient, aber ungeheuer effektiv. Stellen Sie sich Mozart effizient vor, stellen Sie sich vor, sich in jemanden effizient zu verlieben. Sie sehen: Alles, was uns wirklich lieb und wert ist, ist nicht effizient. Warum ausgerechnet ökoeffizient? Effizienz ist Fastfood. Aber das ist nicht, was unser Leben ausmacht.

Lassen Sie uns zwei Kreisläufe ansehen: Alle Dinge, die verschleiben, müssen biologisch nützlich sein: Bremsbeläge, Schuhsohlen, Autoreifen. Alle Dinge, die dagegen nur genutzt werden, wie die Waschmaschine oder der Fernseher, müssen technisch nützlich sein. Es geht eben nicht um eine Welt ohne Abfall, denn das würde ja immer noch heißen, dass ich an Abfall denke. Die Natur denkt aber nicht an Abfall, sie kennt nur Nährstoffe, und die setzt sie um. Die Zuschnitte von Bezugstoffen in der Möbelindustrie sind so giftig, dass sie als Sondermüll entsorgt werden müssen. Wir suchen sie nun so heraus, dass man sie auch essen könnte. Die Herstellung solcher Flugzeugsitze ist um 20 Prozent billiger, weil Lagerhaltung und Arbeitsschutz einfacher sind. Außerdem können sie in der Schweiz



wäre besser, Du wärst nicht da, denn dann hätten wir keine Emission? Das würde ja bedeuten, dass wir nur noch menschliche Rohmaterialien sind! Die Ameisen wiegen etwa viermal mehr als wir Menschen und weil sie nie Aufzug fahren, sondern

stellt, dann sind sie immer raffgierig und kleinlich. Darum sollten wir jeden Menschen willkommen heißen und uns nicht wünschen, er sei gar nicht da. Die Menschenrechte gelten für alle sieben Milliarden, nicht für ein paar davon. Es



produziert werden. Und sie konkurrieren nicht mit Fernost-Billigprodukten, weil das Produkt besser ist. Nach demselben Prinzip machen wir auch T-Shirts und vieles mehr. Diese Dinge sind aber nicht nur nicht giftig und kompostierbar, sie reinigen auch noch die Luft, so wie ein Blatt an einem Baum. Auch ein Baum ist nicht kohlenstoffneutral, er ist kohlenstoffpositiv.

Nehmen wir den technischen Kreislauf: Wir verkaufen nicht mehr die Produkte, wir verkaufen die Dienstleistung, die Nutzung. Wollen Sie wirklich 4.000 Chemikalien im Fernseher haben? Oder wollen Sie fernsehen? In Holland setzt sich diese Idee bereits flächendeckend um. Namhafte Unternehmen wie Ahrend und Auping verkaufen nur noch die Dienstleistung, dadurch können sie die besten Materialien einsetzen, nicht mehr die billigsten. Das führt gleichzeitig zu

einer Re-Regionalisierung. Der Teppichbodenhersteller Desso hat seinen Marktanteil in Europa von 16 auf 24 Prozent steigern können – und zwar in der Krise. Der Kunde wird zum Freund, je mehr er kauft, desto schneller erreichen wir unsere Umweltziele. Das heißt, das Kaufen wird etwas Gutes, nicht sparen, verzichten, vermeiden. Wir nennen das nicht mehr Nachhaltigkeit, sondern Beyond-Sustainability, selbst auf den Philippinen, während man hier in Deutschland immer noch auf Nachhaltigkeit beharrt.

Ein Baby verbraucht in westlichen Ländern zwischen 5.000 und 7.500 Windeln. Das bedeutet, 20 Prozent des Restmülls sind heute Windeln. Wenn Sie die Superabsorber ändern, die Kunststoffe ändern, dann können Sie mit einem Baby 150 Bäume in Wüstengebieten pflanzen. Damit ist dieses Kind kohlenstoffpositiv

von Anfang an. Und das können wir umsetzen mit Innovationen. Alle möglichen „Cradle to Cradle“-Dinge sind denkbar. Der weltgrößte Kinderwagenhersteller Goodbaby in China produziert nach dem „Cradle to Cradle“-Prinzip. Wir machen Gebäude wie Bäume, Gebäude, die die Luft reinigen, die energiepositiv sind, anders als die deutschen Passivhäuser. In Holland gibt es ganze Siedlungen davon, ganz Limburg ist inzwischen eine „Cradle to Cradle“-Provinz mit 2,6 Millionen Leuten. Wir machen das in Brasilien und können sehen, dass die Verbrechensrate über 90 Prozent zurückgeht, wenn man die Nährstoffe zurückgewinnt und den Favelas eine positive Aufgabe gibt. Die Leute wollen gut sein, wenn Sie ihnen die Chance dazu geben. Sie müssen es nur wollen. Es liegt immer am Einzelnen, verstecken Sie sich nicht hinter dem System.

Reduktion statt Wachstum – warum technische Lösungen nicht helfen

apl. Prof. Niko Paech, Lehrstuhl für Produktion und Umwelt, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

apl. Prof. Dr. Niko Paech

Der 1960 im niedersächsischen Schüttorf geborene Niko Paech ist studierter Volkswirt und seit 2008 Vertreter des Lehrstuhls für Produktion und Umwelt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Paech war Gründungsmitglied und Vorstandssprecher des Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management (CENTOS) und Gründungsmitglied des Oldenburger Zentrums für nachhaltige Regionalentwicklung (ZENARIO), ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC und Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ).



Die Politik ist offenkundig nicht in der Lage, für Bedingungen zu sorgen, die uns dazu bringen, einen nachhaltigen Lebensstil zu praktizieren. Auch ein kultureller Wandel der Massen wird voraussichtlich nicht eintreten. Denkbar wäre, dass funktionale Eliten, Pioniere oder soziale Inseln einiges von dem, was mit einer resilienten Postwachstumsökonomie kompatibel sein könnte, schon vorsorglich praktizieren. Meine Überzeugung aber ist: Es wird etwas Drittes eintreten.



Als Produktionswirtschaftler ist für mich absolut alles, was es an Artefakten gibt, die von Menschen geschaffen wurden – dazu gehören auch Dienstleistungen –, der Endpunkt eines Prozesses, den wir als Wertschöpfungskette bezeichnen. Das heißt, Sie können die Geschichte eines Knopfes oder eines Teppichs zurückverfolgen bis an den Punkt, an dem erstmals Ressourcen extrahiert werden mussten. Diese wurden dann auf eine Reise geschickt, auf der die Ressourcenbündel – die später Leistungs Bündel heißen sollen – viele Ausformungsstufen physikalischer und chemischer Art durchlaufen. Wenn Sie sich nun an diesem Prozess entlanghangeln, eine so genannte Lebenszyklusanalyse durchführen und kumulativ ermitteln, wie viel Rohöl gebraucht wird, dann ergibt sich folgender Befund: Alles, was in dem Raum ist, in dem wir gerade sitzen – mit Ausnahme der Luft, die wir atmen –, ist hier nur verfügbar, weil es

erstens viel und zweitens billiges Rohöl gibt. Über Lithium, Coltan, Flächen und viele andere Dinge haben wir dann noch gar nicht gesprochen, aber daraus ergeben sich zusätzliche Abhängigkeiten. Das heißt, wir alle führen inzwischen in einer völligen Konsumgesellschaft das Dasein einer Marionette, die an Fäden der Fremdversorgung hängt. Bei diesen Fäden handelt es sich um die überregionalen, zumeist globalen Wertschöpfungsketten. Und die wichtigsten Inputfaktoren, von denen unser Konsum- und Mobilitätswohlstand geradezu schicksalhaft abhängen, werden knapp, allen voran natürlich das Öl. In Zeiten von Peak Oil stellt sich nicht mehr die Frage, ob wir eine Postwachstumsökonomie haben wollen oder uns weiterhin einlullen lassen von Konzepten des Green Growth gemäß dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Die ökologischen Herausforderungen, mit denen ich mich

im Folgenden beschäftigen möchte, mache ich beispielhaft am Klimaschutz fest, denn das Energieproblem ist das Grundproblem unseres Daseins in modernen Konsumgesellschaften. Ohne Lösung des Energieproblems können Sie auch keine Effizienzmaßnahmen und schon gar keine geschlossenen Kreisläufe umsetzen.

Entkopplung versus Wachstumsökonomik

Der wissenschaftliche Beirat für globale Umweltveränderungen, der im Auftrag der Bundesregierung tätig ist, hat mit seinem Budgetansatz für meine Begriffe auf eleganteste Weise alle bisher vorliegenden wissenschaftlichen Einlassungen zum Klimaschutz auf den Punkt gebracht. Wenn wir auch nur halbwegs ernsthaft versuchen, das 2-Grad-Klimaschutz-Ziel einzuhalten, bedeutet das bei rund 7 Milliarden Menschen auf diesem Planeten, dass jeder von uns pro Jahr noch 2,7 Tonnen

CO₂ emittieren darf. Notwendig wäre somit eine kolossale Reduktion, denn wir sind jetzt in Deutschland bei 11 Tonnen. Wenn wir das Bevölkerungswachstum bis 2050 als Prognose einkalkulieren, also von etwa 9 Milliarden Menschen ausgehen, gilt das, was Frau Merkel 2007 sagte, nämlich dass durchschnittlich nur noch 2 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr reichen müssen. Ein Flug von Hamburg nach New York und zurück verursacht etwa 4,25 Tonnen CO₂. Ein Flug nach Sydney ergibt 14,5 Tonnen. Dann haben Sie noch nicht gewohnt, gegessen, sich gekleidet oder waren vor Ort mobil. Wer sich diesem individuellen Zielkorridor von 2 beziehungsweise 2,7 Tonnen CO₂ verweigert, will entweder keine globale Gerechtigkeit oder keinen Klimaschutz und sollte das dann auch sagen. Wie kann man dieses Ziel erreichen? Vereinfacht dargestellt unterscheiden wir zwischen der Entkopplungsstrategie und dem, was ich als Postwachstumsökonomik bezeichne.

Die Entkopplungsstrategie ist der Versuch, das konsumierende Lebewesen vorsichtig, ohne ihm etwas zuzumuten oder es gar aufzuwecken, in einen anderen Kontext – bestehend aus technischen Infrastrukturen und anderen Artefakten, die nachhaltiger als die bisherigen Lösungen sind – umzubetten. Das heißt, die Technik soll den Job machen. Es gibt zwei Möglichkeiten zu erklären, wie eine Entkopplung demnach funktionieren würde: die ökologische Effizienz oder die ökologische Konsistenz. Diese beiden

Konzepte sollen die ökologische Modernisierung vollführen, indem das Freiheitsideal der Moderne, das sich zusehends materialisiert und sich in einem nach oben offenen Steigerungsprozess quasi weiter fortpflanzt, bei gleichzeitigem Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen erhalten bleibt. Der technische Wandel ist hier also der Treiber einer nachhaltigen Entwicklung.

Dem gegenübergestellt ist die Postwachstumsökonomik. Sie nimmt sich dreier Fragen an, die von allen anderen wissenschaftlichen Teildisziplinen mit geradezu autistischer Strenge vernachlässigt werden. Erstens: Gibt es wissenschaftliche Begründungszusammenhänge, die ohne jede Romantik verstehen helfen, dass ein weiteres Wachstum des Bruttoinlandsproduktes keine Option für das 21. Jahrhundert mehr sein kann? Ich unterscheide vier solcher Diskurse und einen davon werde ich gleich vertiefen. Der zweite wichtige Korridor, in dem sich die Postwachstumsökonomik bewegt, ist die Frage nach den Wachstumszwängen. Und der dritte Bereich ist mit der Frage verbunden: Wie sähe vor diesem Hintergrund eine Wirtschaft ohne Wachstum aus? Diese Wirtschaft nenne ich Postwachstumsökonomie und ich arbeite seit etwa 2007 an diesem Konzept. Man kann verschiedene Zugänge unterscheiden, die als sich ergänzende Versorgungssysteme eine moderne Zivilisation im Einklang mit Klimaschutz und anderen ökologischen Rahmenbedingungen jenseits des Wachstums ermöglichen.

Grenzen des Wirtschaftswachstums

Warum ist Wirtschaftswachstum keine Option für das 21. Jahrhundert? Zunächst ist die Idee der ökologischen Entkopplung des Bruttoinlandsproduktes illusorisch; darauf werde ich noch eingehen. Hinzu kommen ökonomische Wachstumsgrenzen. Uns ist oft nicht klar, wie abhängig wir von knappen Ressourcen sind. Ein Wachstumsfaktor im Konsumgüterbereich während der vergangenen zehn Jahre waren IT-Endgeräte. Diese „smarten“ Dinge, von denen man eine Zeit lang glaubte, sie könnten ein Hilfsmittel zur Dematerialisierung des Wachstums sein, hängen genauso am seidenen Faden wie alles, was aus Rohöl ist. Denn derartige Produkte erzeugen noch eine zusätzliche Abhängigkeit, nämlich von seltenen Metallen. Um Coltan beispielsweise, das sich in jedem Handy findet, werden im Kongo Kriege geführt.

Der zweite Diskurs zur Frage der Wünschbarkeit weiteren Wachstums ist die Glücksforschung. Ihr wichtigster Befund lautet grob zusammengefasst, dass nach Erreichen eines bestimmten materiellen Wohlstandniveaus gemessen in Gütern, Dienstleistungen und Mobilität ein weiteres Wachstum desselben nicht dazu führt, dass die Menschen glücklicher werden. Die Depression ist längst zur Zivilisationskrankheit Nummer eins ausgerechnet in modernen Konsumgesellschaften geworden: Gehen wir etwa an der Freiheit, immer mehr konsumieren zu



dürfen, zugrunde? Zumindest sind wir völlig überfordert damit, alles, was wir uns kaufen können, noch irgendwie glückstiftend auszuschöpfen. Herr Ruckriegel wird hierzu sicherlich einiges mehr sagen.

Wenn man nun sagen kann, dass erstens die Entkopplung ein Budenzauber ist, dass es zweitens ökonomische Wachstumsgrenzen von historisch einmaliger Art gibt und dass drittens zumindest die Reichen nicht mehr glücklicher werden, wenn sie noch mehr konsumieren – kann man da nicht wenigstens viertens sagen, dass in so genannten Entwicklungsländern durch weiteres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts Hunger und soziale Ungerechtigkeit gelindert werden? Auch das funktioniert leider nicht.

Bereits in den 1940er Jahren wurde das Stolper-Samuelson-Theorem entwickelt. Es besagt: Damit Länder zu materiellem Wohlstand gelangen, müssen sie die Vorteile der industriellen, raumentgrenzenden Arbeitsteilung nutzen. Was müssen nun also die Entwicklungsländer tun, um am Wohlstandsmotor teilzuhaben? Es setzt voraus, dass diese Länder einen Strukturwandel vollziehen, insbesondere sich auf die Branchen spezialisieren, welche weltmarktfähig sind. Gleichzeitig müssen die anderen Branchen, die eher der Subsistenz und ländlichen Ökonomie zuzuordnen sind, schrumpfen. Bei diesem Übergang zum modernen Wohlstandsmodell entstehen in jedem daran beteiligten Land notwendigerweise Gewinner und Verlierer. Die Idee des neoliberalen Freihandelstheorems ist nun, dass die Gewinner immer mehr gewinnen, als die Verlierer verlieren. Der makroökonomische Saldo ist somit positiv. Wenn aber die

Verlierer schon die Ärmsten der Armen sind und die Gewinner irgendwelche Eliten, dann wird daraus ein Problem. Schauen Sie nach Brasilien: Die konsumierenden Mittelschichten in den Metropolen werden immer reicher und die Ärmsten der Armen werden immer ärmer. Das ist das Resultat jenes Strukturwandels, den Sie brauchen, um das Bruttoinlandsprodukt in Brasilien immer weiter zu steigern.

Und wie steht es nun mit der Entkopplung? Ich habe schon gesagt, es gibt hier genau zwei Konzepte, auf die ich anhand des Beispiels Klimaschutz eingehen möchte. Das eine ist der Versuch, und da zitiere ich einen der Protagonisten der Effizienzstrategie, Friedrich Schmidt-Bleek, das zu minimieren, was die Wohlstandsmaschine an Inputs in sich hineinfrisst, um ein bestimmtes Wohlstandsergebnis zu erzeugen. Wenn Sie ein Drei-Liter-Auto fahren, ist das um den Faktor zwei effizienter als ein Sechs-Liter-Auto. Sie haben nichts aufgegeben und es doch geschafft, über Effizienz den Input an ökologischen Schäden zu minimieren. Das können Sie auch mit Computern oder Jacketts machen. Sie versuchen also, den Primärenergie-Input pro Wertschöpfungseinheit zu reduzieren. Das zweite Konzept ist die ökologische Konsistenz. Sie beruht auf geschlossenen Kreisläufen und erneuerbarer Energie. Hier wird nicht etwa versucht, Energie einzusparen, sondern die Qualität der Energie zu verbessern, das heißt eine möglichst CO₂-neutrale Energie zu erzeugen. Sie könnten die Emissionsintensität im theoretischen Optimum, wenn Sie so technikgläubig sein wollen, sogar auf null setzen. Diese beiden Effekte, Effizienz und Konsistenz, führen zusammen zur

Entkopplung. Das heißt, die CO₂-Intensität einer in Euro gemessenen Wertschöpfungseinheit soll dann insgesamt sinken.

Folgen der Globalisierung

Wir leben in einer globalisierten Welt, aber was heißt das? Fast nichts von dem, was wir in Deutschland konsumieren, stammt noch aus deutscher Produktion. Eine Schweizer Studie kam kürzlich zu dem Resultat, dass inzwischen über 60 Prozent der Umweltschäden, die durch Schweizer verursacht werden, gar nicht mehr in der Schweiz zu verorten sind. Für Deutschland haben wir so eine Studie nicht. Es gibt zwar eine umweltökonomische Gesamtrechnung, aber in der ist leider nicht enthalten, was ich indirekt an CO₂-Rucksäcken in China oder Indien verursache, wenn ich ein Produkt in Deutschland verfügbar mache. Es ist schlicht unmöglich, anhand der Situation eines Landes umweltpolitische Erfolge zu identifizieren, auch wenn die Luft sauberer oder die Flüsse reiner sind. Denn die Flüsse, an denen jetzt die Produktionsstätten sind, die wir ausgelagert haben, sind möglicherweise dreckiger, als die Flüsse es hierzulande je waren. Nur der globale Maßstab ist also aussagekräftig, um darüber zu urteilen, ob wir Erfolge im Klimaschutz erzielt haben. Global betrachtet verzeichnen wir aber ein stetiges Ansteigen der CO₂-Emissionen. Wir haben keine De-, sondern eine Rematerialisierung der Energiewirtschaft, so auch eine Renaissance der Kohle. Hinsichtlich der Effizienz gab es zwar Fortschritte, doch diese sind längst zum Erliegen gekommen. Es nützt ja nichts, effiziente Autos zu haben, wenn alle Leute SUVs kaufen

und immer häufiger fliegen. Mit anderen Worten: Nie hatten wir mehr technische Möglichkeiten, die Effizienz des Verkehrs zu erhöhen und zugleich handelten wir nie ineffizienter!

Und das gilt für die meisten Bereiche. Woran liegt das? Betrachten wir zum Beispiel einmal den effizientesten Kühlschrank, den ich finden konnte. Er verbraucht mehr Strom als das alte Gerät, das meine Mutter noch besitzt. Warum? Er ist größer als ein Kleiderschrank! Außerdem verfügt der Kühlschrank über einen Bildschirm, mit dem Sie fernsehen und ins Netz gehen können, und eine integrierte Latte-Macchiato-Maschine. Das Ding schluckt also mehr als die ineffizienten Kühlschränke bisher und natürlich ist das Vorgängermodell auch noch irgendwo im Keller vorhanden, so hat man mehr Auswahl.

Die Tücken des Green Growth

Helfen uns denn wenigstens die regenerativen Energien dabei, wirtschaftliches Wachstum zu entkoppeln? Leider nicht, auch wenn ich trotzdem regenerative Energien befürworte – die Frage ist nur, ob diese Energieform notwendigerweise Teil eines Wachstumsmodells sein muss. In der Skizze in Abb. 1 sehen Sie links ein Teilsystem der konventionellen Energiewirtschaft, bestehend aus Atom- und Kohlekraftwerken, mit einem beispielhaft angenommenen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt von 10 Milliarden Euro, einer gewissen CO₂-Menge, einer gewissen Leistung an Elektrizität und Arbeitsplätzen. Nun erfolgt Green Growth: Sie addieren zu diesem Komplex neue Anlagen, wie beispielsweise Alpha Ventus, einen großen Windpark bei Borkum. Dies führt zur

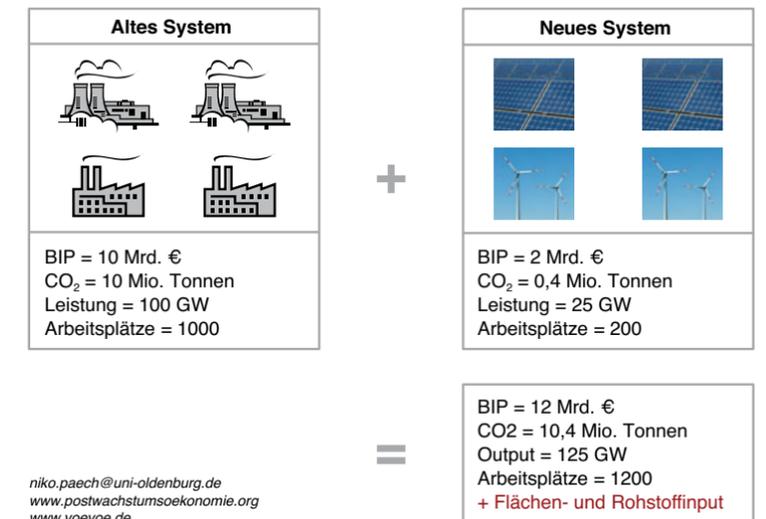
Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts, weil zusätzliche Anlagen zusätzlichen Strom produzieren, der zusätzliche Nachfrage befriedigt.

Abgesehen von Eingriffen in die Landschaft und Biodiversität: Was hat das mit Klimaschutz zu tun? Zunächst gar nichts, denn zusätzlicher Strom, auch wenn er noch so grün wäre, reduziert keine CO₂-Emissionen. Wenn Sie dagegen genauso viel an Kohle- und Atomenergie zurückbauen, wie an neuem Windstrom entstanden ist, könnte nach Abzug der Emissionen, die bei der Entstehung dieser Anlagen zu verbuchen sind, netto eine CO₂-Entlastung eintreten. Aber wie soll dann das Bruttoinlandsprodukt wachsen? Wer will ausschließen, dass langfristig in der Kohle- und Atomindustrie mehr Wertschöpfung verloren geht, als langfristig an Wertschöpfung in der regenerativen

Energie entsteht? Momentan berücksichtigen viele Optimisten nicht, dass wir derzeit in einer Phase des Kapazitätsaufbaus befinden. Das bringt immer viele Umsätze und Arbeitsplätze. Wenn dann die Nordsee aber endlich vollgestellt ist, weitere Landschaften mit Biogasanlagen vollgestopft sind, der Rest an Fläche mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen bedeckt ist und die Anlagen eine Abschreibungsdauer von 20 Jahren haben – wie viele Arbeitsplätze, wie viel Wertschöpfung, wie viel Produktion verbleiben dann noch? Eine weitere Steigerung der Wertschöpfung würde dann bedeuten, dass wir eine Art zweites Stockwerk brauchen, um den nötigen Platz für die weitere Expansion der erneuerbaren Energie zu schaffen.

Grob zusammengefasst gibt es fünf Gründe, die zum systematischen Scheitern der Entkopplung führen. Erstens ist,

Abb. 1 **Green Growth durch erneuerbare Energien: Keine Umweltbelastung!**



niko.paech@uni-oldenburg.de
www.postwachstumsoekonomie.org
www.voevoe.de



wann immer von Entkopplung gesprochen wird, zumeist lediglich gemeint, dass eine zusätzliche Wertschöpfungseinheit relativ betrachtet weniger CO₂ oder weniger ökologische Schädigung nach sich zieht als bisher. Auf diese Weise wird lediglich der Zuwachs an Schaden „gestreckt“, dass heißt man braucht dann nur etwas länger, um denselben Schaden zu verursachen. Absolute Entkopplung würde bedeuten, dass das

Wenn sie sich jetzt ein effizientes Gerät kauft, wo bleibt dann das alte? Es müsste aus dem Verkehr gezogen und irgendwie entsorgt werden. Anstelle des materiellen Wachstums neuer Artefakte verzeichnen wir dann plötzlich ein materielles Wachstum an Entsorgungsfällen. Darüber hinaus existieren noch finanzielle und psychologische Rebound-Effekte, auf die ich an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht weiter eingehen kann.

kapitalrendite müssen als Überschuss erwirtschaftet werden. Hinzu kommt die materielle Reproduktion, da mit zunehmender räumlicher Diffusion der Produktionsanlagen und Verkehrsinfrastrukturen im Zuge der industriellen Wertschöpfung immer mehr Material verschleifen kann und deren Ersatz – Betriebswirte nennen es Abschreibung – muss auch als Überschuss in jeder Planungsperiode erwirtschaftet werden. Diese drei Faktoren deuten



Bruttoinlandsprodukt weiter wächst und gleichzeitig die Emissionen gesenkt werden. Ich habe Ihnen an einigen Beispielen deutlich gemacht, dass dies einen Widerspruch in sich bildet. Hinzu kommt ein sogenanntes „Selektionsdilemma“: Wenn Sie zusätzliche Elektromobile in die Welt bringen, ohne andere Produktionsstandorte stillzulegen, können Sie die Ökosphäre nicht entlasten. Wenn Sie dies hingegen tun, haben Sie kein Wachstum. Gleichzeitig gibt es in diesem Zusammenhang auch ein thermodynamisches Problem: Denken Sie noch einmal an den Kühlschrank meiner Mutter.

Postwachstumsökonomie setzt an Ursachen für Wachstumszwang an

Nun muss die Frage gestellt werden, wo der Wachstumszwang eigentlich herkommt. In Abb. 2 sehen Sie noch einmal grob schematisiert eine Wertschöpfungskette. Das entscheidende Merkmal der industriellen Arbeitsteilung besteht darin, dass jedes daran beteiligte, auf einen Teilaspekt der Produktion spezialisierte Unternehmen immer erst investieren muss, bevor es produzieren kann. Also wird Fremdkapital und/oder Eigenkapital benötigt, das heißt Zinsen oder eine Eigen-

darauf hin, dass industrielle Arbeitsteilung zur Notwendigkeit von Überschüssen führt, die in ihrer Summe wirtschaftliches Wachstum bedeuten. Andere, nämlich kulturelle Wachstumstreiber wurden heute schon von Herrn Miegel angesprochen. In grober Vereinfachung lässt sich sagen, dass zwei Strategien für eine Postwachstumsökonomie vonnöten sind: Erstens eine Suffizienzstrategie, also eine Reduktion der Ansprüche, die jedoch keinen Verzicht, sondern Abwurf von Ballast bedeutet, der geldabhängig macht, Zeit kostet, Raum in Anspruch nimmt und obendrein die Ökosphäre schädigt. Zweitens

eine Verkürzung der Wertschöpfungsketten bis hin zur lokalen Selbstversorgung. Community Gardens sind der Anfang, Tauschringe und Regionalwährungen bilden weitere Stufen. Alles, was nicht als Wohlstandsballast entrümpelt werden kann, was nicht im Rahmen lokaler Selbstversorgung oder mittels einer Regionalökonomie, flankiert von Komplementärwährungen, produziert werden kann, verbleibt als Restgröße der noch erforderlichen globalisierten und industriellen Produktion.

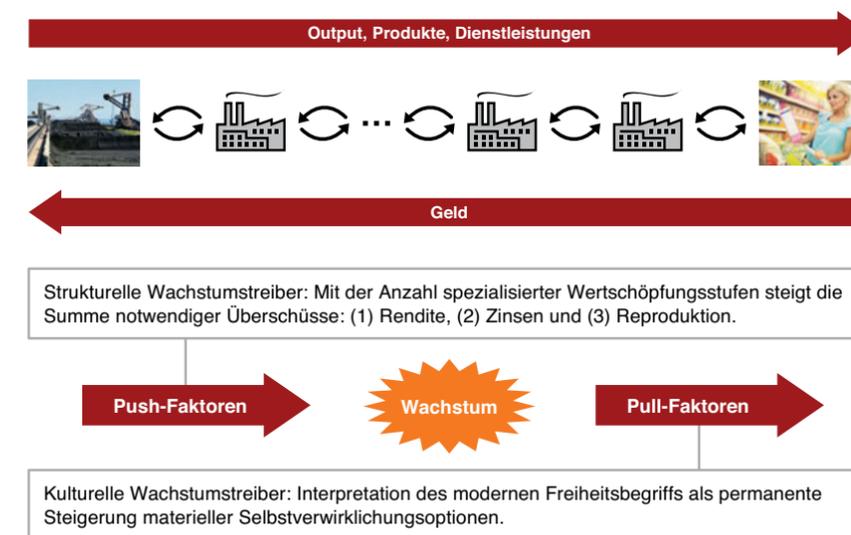
Dies liefe auf eine prägnante Reduktion der Industrie hinaus, möglicherweise auf die Hälfte. Wir hätten dann zwar auch nur noch halb so viel monetär entgeltene Arbeitszeit, aber wenn wir diese hinreichend gerecht verteilen könnten, liefe es darauf hinaus, dass sich jeder Mensch in einer dualen Daseinsform wiederfände. Er hätte noch 20 Stunden, um Geld für Konsumausgaben zu verdienen. Und die anderen 20 Stunden würden benutzt, um moderne Subsistenz zu praktizieren. Aktuell arbeiten die meisten Menschen 40 Stunden und sind somit völlig fremdversorgungabhängig, dementsprechend auch angreifbar, also nicht daseinsmächtig. In einer Postwachstumsökonomie würden die 20 frei gewordenen Stunden verwendet, um durch eigenes Zutun aus einem gesunkenen Industrieoutput mehr Nutzen zu gewinnen. Wenn sich zum Beispiel jeweils zwei Nachbarn eine Bohrmaschine teilen, kann die Bohrmaschinenproduktion halbiert werden, ohne dass jemand auf irgendetwas verzichtet. Die Nutzungsdauer von Textilien durch eigene Pflege und Reparaturmaßnahmen zu verdoppeln trägt ebenso zur Halbierung der notwendigen Neuproduktion bei. Jedes Kilo Kartoffeln

und Salat, das in einem Gemeinschaftsgarten erzeugt wird, entzieht der ruinösen Agrarindustrie ein Stück weit die Basis und spart zugleich Geld. Urbane Subsistenz beruht auf drei Outputkategorien, nämlich Nutzungsdauerverlängerung, Gemeinschaftsnutzung und Eigenproduktion. Die Inputfaktoren, aus denen sich diese Leistungen speisen, sind eigene Zeit, handwerkliche Aktivitäten und soziale Beziehungen. Dies alles lässt sich auch im Rahmen sozialer Netzwerke tauschen, so dass nicht jedes Individuum alles können muss, sondern je nach Fähigkeit und Neigung Subsistenzleistungen anbieten kann, um dafür in den Genuss der Subsistenzleistungen anderer Akteure zu gelangen.

Damit einhergehend sinkt der Bedarf an Geld und Erwerbsarbeitszeit, so dass die Wirtschaft, gemessen am Bruttoinlands-

produkt, kleiner werden kann. Die Versorgung würde also je zur Hälfte auf moderner Subsistenz und einem weiterhin arbeitsteiligen, auf Geld beruhenden, aber reduzierten Industriekomplex basieren. Dass Letzterer nach dieser Reduktion außerdem umzubauen ist, versteht sich von selbst. Aus ehemals abhängigen Konsumenten würden souveräne Prosumenten, die eine bescheidenere Ausstattung an materiellen Gütern besitzen würden, aber dafür stressfreier, glücklicher und vor allem unabhängiger von Markt und Staat wären. Ihr Leben würde infolge aktiver Tätigkeiten durch entsprechende Erfolgserlebnisse bereichert. Aus ökologischer Perspektive wären sie nicht mehr Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Und über Peak Oil oder die nächsten Finanzkrisen würden sie vermutlich lachen, denn das kann ihnen kaum etwas anhaben.

Abb. 2 Ursachen für den Wachstumszwang (stark vereinfacht!)



niko.paech@uni-oldenburg.de, www.postwachstumsoekonomie.org, www.voevoe.de

Glück und Zufriedenheit – lassen sie sich mit wirtschaftlichem Wachstum erreichen?

Prof. Karlheinz Ruckriegel, Lehrstuhl für Makroökonomie und interdisziplinäre Glücksforschung, Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg

Karlheinz Ruckriegel

Karlheinz Ruckriegel, 1957 in Mistelbach bei Bayreuth geboren, war nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre von 1989 bis 1995 in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Bundesbank tätig. Seit 1995 unterrichtet er an der betriebswirtschaftlichen Fakultät der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg. Seine Schwerpunktthemen sind Makroökonomie und interdisziplinäre Glücksforschung. Ruckriegel ist Mitglied des Denkwerks Zukunft der Stiftung kulturelle Erneuerung.



Die Ergebnisse der interdisziplinären Glücksforschung sind gerade dabei, eine Epochenwende herbeizuführen: weg vom Denken in Kategorien des Wirtschaftswachstums, hin zum Denken in den Kategorien eines „besseren Lebens“. Es geht nicht mehr um eine Erhöhung des Einkommens, es geht um eine Steigerung der Lebensqualität und des subjektiven Wohlbefindens.

Ich beginne meine Ausführungen mit einem erstaunlichen Zitat von Ludwig Erhard, der geschrieben hat, dass der Wohlstand wohl eine Grundlage, nicht aber das Leitbild unserer Lebensgestaltung schlechthin ist. Das Zitat stammt aus einer Rede von Bundeskanzlerin Merkel vom 20. Juni 2011. In seinem Buch „Wohlstand für alle“ aus dem Jahre 1957 wird Erhard noch deutlicher: „Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer nützlich und richtig ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoll ist, unter Verzichtleistung auf diesen Fortschritt mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.“

Aus dem Jahr 2006 stammt die EU-Nachhaltigkeitsstrategie. Sie strebt eine kontinuierliche Verbesserung der Le-

bensqualität und des Wohlergehens oder Wellbeings auf unserem Planeten für die heute lebenden und für die künftigen Generationen an. Und im Jahre 2009 hat die so genannte Stiglitz-Kommission ihren Abschlussbericht vorgelegt. Die Kommission wurde Anfang 2008 vom französischen Präsidenten Sarkozy ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe ist es, Indikatoren nachzuspüren, die gesellschaftlichen Fortschritt messen können. Diese Stiglitz-Kommission kommt zu folgendem Ergebnis: „Die Zeit ist reif, um das Augenmerk von der Messung der ökonomischen Produktion auf die Messung der Wohlfahrt der Menschen zu lenken und diese im Kontext der Nachhaltigkeit zu betrachten.“

Wirtschaftswachstum verliert an Bedeutung

In diesem Jahr nun feierte die OECD



nicht nur ihr 50-jähriges Bestehen, sondern änderte Ende Mai 2011 auch ihre Ausrichtung grundsätzlich. In den vergangenen 50 Jahren hat die OECD für die Politik ein reiches Set von Empfehlungen entwickelt, wie diese am besten das Wirtschaftswachstum unterstützen kann. Die Aufgabe, die sich jetzt stellt – so die OECD –, ist ein vergleichbar reiches Set an Empfehlungen zur Unterstützung des gesellschaftlichen Fortschritts zu entwickeln. Es geht um eine bessere Politik für ein besseres Leben.

Mitte Juli 2011 forderte die UN-Generalversammlung alle Länder auf, Glück und Wohlergehen künftig als explizites Ziel ihres politischen Wirkens zu verfolgen. Sie entsprach damit dem Antrag von Bhutan: „Glück und Zufriedenheit sind das letztendliche Ziel eines jeden. Das Ziel der Politik muss somit

darin bestehen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen“, so die Begründung der Gross National Happiness Commission in Bhutan.

Mitte Juli 2011 hat auch das EU-Parlament eine ähnliche Resolution angenommen: Die Abstimmung über die „Beyond GDP Resolution“ zeigte eine breite Zustimmung für die Arbeit der EU-Kommission, bei der es um eine Ergänzung des Bruttoinlandprodukts um soziale und ökologische Indikatoren geht. Der zuständige EU-Kommissar Janez Potočnik betonte: „Diese Ergebnisse belegen die grundlegende Einigkeit über die Tatsache, dass es bei menschlicher Entwicklung und Wellbeing um mehr geht, als monetär gemessen werden kann.“

Diese Wende im Denken kommt einer Epochenwende gleich: weg vom Wirtschaftswachstum, hin zu Lebensqualität und Wellbeing. Dieses neue Denken war aber für die Väter der sozialen Marktwirtschaft bereits vor mehr als 50 Jahren zentraler Angelpunkt ihrer Arbeit. Nach Alexander Rüstow hat die Politik des Staates alle Faktoren in Betracht zu ziehen, „von denen in Wirklichkeit Glück, Wohlbefinden und Zufriedenheit des Menschen abhängen“. Das heißt, wir finden diesen Ansatz bereits in der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft in den 1950er Jahren.

Eine Neudefinition des Kapitalismus

Der Harvard-Professor Michael E. Porter, ein Vordenker der modernen Managementlehre, fordert eine komplett neue Unternehmensstrategie. Er fordert sozusagen eine Neudefinition des Kapitalismus, da der bisherige Kapitalismus massiv unter Druck stünde, da sich zunehmend die Einsicht durchsetze, dass die Wirtschaft sich auf Kosten der Gemeinschaft bereichere. Nach Porter muss in Zukunft der Shared Value im Mittelpunkt stehen, wenn die Unternehmen prosperieren und gesellschaftliche Akzeptanz zurückgewinnen

wollen. Unter Shared Value versteht Porter das gleichzeitige Verfolgen von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen. Dabei müsse der Zweck von Unternehmen neu definiert werden: Statt sich auf Gewinne per se zu konzentrieren, müssten sie Shared Value schaffen. „Durch den Shared Value konzentrieren sich die Unternehmen auf die richtige Art von Gewinnen – Gewinne, die auch der Gesellschaft Vorteile bringen, anstatt ihr zu schaden. Wir brauchen eine fortschrittliche Art des Kapitalismus, eine, die auch einen gesellschaftlichen Sinn enthält“, so Porter im Harvard Business Review



beziehungsweise auf Deutsch im Harvard Business Manager.

Interessant ist, dass sich genau in diesem Magazin in den letzten Monaten auch andere Beiträge finden, so beispielsweise vom Weltchef von McKinsey, die in diese Richtung gehen. Er sagt, wir müssen weg von der Kurzfristorientierung hin zur Langfristorientierung, weg vom Shareholder Value hin zu einer breiteren Ausrichtung auf Interessen aller. Vielleicht nicht aus Einsicht, vielleicht aus Angst. Das Problem ist, dass in den angelsächsischen Ländern die Zustimmung

Es ging damals in den 1950er Jahren schon und es geht auch heute noch – inzwischen auf ungleich breiterer Basis – um „better policies for better lives“ oder anders: Es geht um Glück und Zufriedenheit. Die Glücksforschung ist nun die wissenschaftliche Disziplin, die sich seit mehr als 30 Jahren mit der Frage beschäftigt, was uns glücklich beziehungsweise zufrieden macht. Die Glücksforschung ist dabei interdisziplinär ausgerichtet, wobei insbesondere Erkenntnisse aus der Psychologie, der Soziologie, der Ökonomie und der Neurobiologie Eingang finden.

der Ökonomie fest etabliert. Bei diesem Forschungszweig geht es darum, auf der Basis von subjektiven Einschätzungen einerseits und objektiven Informationen über die Situation der Menschen andererseits Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche dieser objektiven Faktoren wie stark das Wohlbefinden beeinflussen. Die Grundfrage des Wirtschaftens ist ja: Wie soll mit knappen Ressourcen umgegangen werden? Wenn es im Leben aber um Glück geht, dann muss man sich überlegen, wie man seine Zeit so verwendet, dass man ein hohes Maß an



zum jetzigen wirtschaftlichen System historisch niedrig ist. Das heißt, nur 45 Prozent – sowohl in den USA als auch im Vereinigten Königreich – stimmen diesem System noch uneingeschränkt zu. Dies findet auch in der weltweiten Occupy-Bewegung seinen Niederschlag.

Vor etwas mehr als einem Jahr hielt der Chef der US-Zentralbank Ben Bernanke eine beachtenswerte Rede zur ökonomischen Glücksforschung vor Absolventen der University of South Carolina. Er erklärte, die ökonomische Glücksforschung sei mittlerweile als Teil

Glück – oder Nutzen aus ökonomischer Sicht – im Leben erfährt. Ökonomisch gesprochen geht es also schlicht um die Frage, wie man das knappe Gut Zeit (Input) so nutzt, dass man letztlich mit seinem Leben im hohem Maße glücklich (Output) ist.

Was ist Glück?

Die Glücksforschung beschäftigt sich mit dem subjektiven Wohlbefinden, nicht aber mit dem Zufallsglück (zum Beispiel mit der Wahrscheinlichkeit eines Lotteriegewinns). Zwei Arten von Wohlbefinden werden hier unterschieden: Einerseits das emotionale Wohlbefinden, damit ist die Gefühlslage im Moment gemeint, wobei es im Wesentlichen auf das Verhältnis zwischen positiven und negativen Gefühlen im Tagesdurchschnitt ankommt. Und zum anderen das kognitive Wohlbefinden, hierbei geht es um den Grad der Zufriedenheit mit dem Leben, wobei hier eine Abwägung zwischen dem, was man will, und dem, was man hat, stattfindet.

Was sind die Quellen des Wohlbefindens? Gelingende liebevolle soziale Beziehungen (Partnerschaft, Familie, Freunde, Nachbarschaft, ...), physische und psychische Gesundheit, Engagement und befriedigende Erwerbs- und/oder Nichterwerbsarbeit, persönliche Freiheit, die innere Haltung in Hinblick auf Dankbarkeit et cetera und auch Mittel zur Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse gehören dazu.

Wie wird Wohlbefinden traditionell gemessen? Zur Datenerhebung werden in großangelegten Umfragen Einzelne über ihre Lebenszufriedenheit befragt, wobei einer der am häufigsten verwendeten Datensätze das Sozio-Oekonomische Panel – kurz SOEP – ist. Es wird seit 1984 als Längsschnittanalyse in Deutschland erhoben und befragt mittlerweile jährlich 12.000 Haushalte mit etwa 25.000 Personen, das heißt, man befragt dieselben Personen über mehrere Jahre,



und zwar auf repräsentativer Basis. Es werden Fragen zu den objektiven Lebensumständen (Beschäftigung, Einkommen, Familienstand, ...) einerseits und Fragen zum subjektiven Wohlbefinden andererseits gestellt. Die Befragten haben zum Beispiel die Möglichkeit, ihre Lebenszufriedenheit allgemein beziehungsweise in speziellen Bereichen wie Arbeit und Familie jeweils auf einer Skala von 0 bis 10, also von ganz und gar unzufrieden bis ganz und gar zufrieden, zu bewerten. Mittlerweile wissen wir daher ganz gut darüber Bescheid, welche Faktoren auf unser subjektives Wohlbefinden Einfluss haben.

Interessant ist, dass Vergleiche der Selbst- und Fremdeinschätzung zu denselben Ergebnissen kommen. Menschen, die sich als sehr zufrieden einschätzen, werden von anderen als lebenswürdig, durchsetzungsfähig, zufrieden und kommunikativ wahrgenommen. Menschen mit niedrigen Zufriedenheitswerten scheinen

wenig Sinn im Leben zu haben, niedergeschlagen und entscheidungsschwach zu sein, sich selbst zu bemitleiden und kontaktschwach zu sein.

Glück im Vergleich

Ich gehe davon aus, dass einige von Ihnen den Glücksatlas kennen oder zumindest in der Zeitung darüber gelesen haben. Das sollte man vor allen Dingen in Hamburg getan haben, denn die Hansestadt hat ja im bundesweiten Vergleich ganz gut abgeschnitten. Die Grafik in Abb. 1 zeigt das subjektive Wohlbefinden in Deutschland auf der Skala von 0 bis 10 im Zeitablauf. Bemerkenswert ist, dass Westdeutschland Mitte der 1980er Jahre schon einmal bei 7,4 war. 2011 lag der Wert bei 7,0 für Gesamtdeutschland, wobei sich die Lücke zwischen den alten und den neuen Bundesländern langsam zu schließen beginnt.

Interessant ist auch die Verteilung der Zufriedenheit auf die einzelnen Bundesländer. Hier ist Hamburg Spitzenreiter,

aber wir in Franken und Bayern sind gar nicht so weit davon weg. Schauen wir uns nun einmal die Steuer- und Abgabenquote in Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland an: Von 1995 bis 2009 kam es zu einem Rückgang von 48 Prozent auf 42 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Gleichzeitig sind aber die Zufriedenheitswerte tendenziell gefallen. Das spricht in gewisser Weise für sich.

Bei einem Ländervergleich der OECD liegt Deutschland im Durchschnitt. Die skandinavischen Länder, insbesondere Dänemark, haben aber deutlich höhere Zufriedenheitswerte. Die Frage ist natürlich, warum dies so ist, denn hieraus kann man einiges an Einsichten für uns gewinnen. In der soziologischen Literatur lassen sich

insbesondere drei Faktoren finden: erstens hohes Vertrauen zueinander in der Gesellschaft, zweitens geringe Einkommensungleichheit und drittens andere Sichtweisen im täglichen Leben, das heißt eine stärkere Wahrnehmung der positiven Ereignisse und eine schwächere Wahrnehmung der negativen Ereignisse. Ja, es kommt auch darauf an, wie man das tägliche Leben sieht, ob man sich stärker am Negativen orientiert oder am Positiven. Die im Vergleich zu Deutschland hohen Steuer- und Abgabenquoten können die Dänen, Finnen und Schweden offenbar nicht davon abhalten, deutlich zufriedener mit ihrem Leben zu sein, als wir es in Deutschland sind.

Was bringt uns nun Glückseligkeit? Die positive Psychologie besagt: Wer etwas dafür tut, glücklicher zu werden, fühlt

sich nicht nur subjektiv besser, sondern hat auch mehr Energie, ist kreativer, stärkt sein Immunsystem, festigt seine Beziehungen, arbeitet produktiver und erhöht seine Lebenserwartung.

Glück und Wirtschaftswachstum

Obwohl in den letzten Jahrzehnten die westlichen Länder ein in der Geschichte einzigartiges Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatten, zeigen Erhebungen, dass kaum eine Zunahme der Lebenszufriedenheit zu verzeichnen war. In den USA beispielsweise wurden seit den 1950er Jahren Menschen befragt, wie zufrieden oder wie glücklich sie mit ihrem Leben sind – sehr, einigermaßen oder weniger? Bis heute ist der Prozentsatz derjenigen, die sich als sehr zufrieden, sehr glücklich bezeichnen, gleich geblieben. Und das, obwohl sich das verfügbare Einkommen inflationsbereinigt verdreifacht hat. Bernanke sagt in diesem Zusammenhang: „Zwar bezeichnen sich heutzutage die meisten US-Amerikaner als glücklich, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist aber nicht höher als vor 40 Jahren.“ Und er fügt hinzu: „As your parents always said: Money doesn't buy happiness.“

In seinem Buch von 2010 schreibt der langjährige Präsident der Harvard University Derek Bok: „Wenn es wahr ist, was uns die aktuellen Untersuchungen nahelegen, nämlich dass steigende Einkommen es nicht vermocht haben, die US-Amerikaner glücklicher zu machen, warum arbeiten wir dann so lange und nehmen Umweltkatastrophen in Kauf, nur um das Bruttoinlandsprodukt zu erhöhen?“

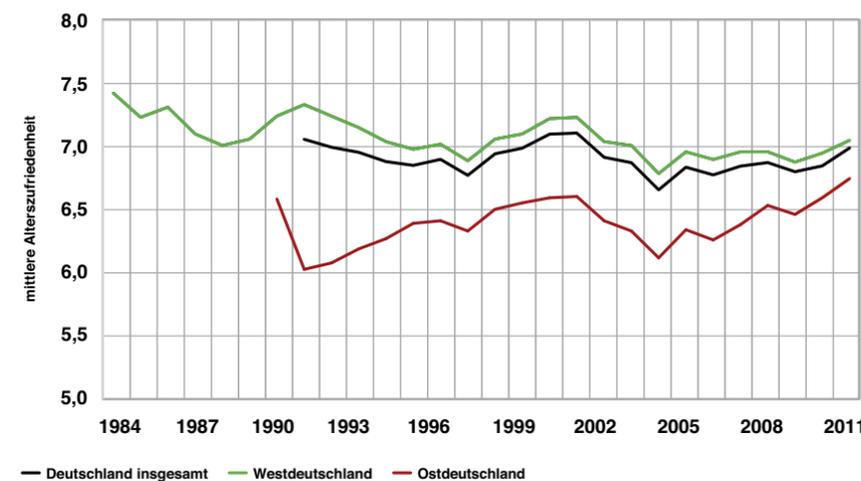
Der britische Premierminister David Cameron sagte in seiner „Speech on Wellbeing“ am 25. November 2010: „Seit Jahrzehnten steigt das Bruttoinlandsprodukt im Westen, die Werte zur Lebenszufriedenheit blieben aber gleich oder sanken sogar.“ Deswegen hat er das Statis-

zwischen steigendem Einkommen und Wohlergehen und kommen zu dem Ergebnis, dass, selbst wenn die Zunahme des Bruttoinlandsproduktes zu einer Steigerung des objektiven Wohlstandes führt, dies nicht gleichbedeutend ist, dass es den Menschen subjektiv besser geht.“

vergleichen. Sie werden immer jemanden finden, der mehr hat. Mein Rat: Tun Sie es einfach nicht!

Was also kann der Einzelne tun? Denkgewohnheiten müssen nicht ewig gleich bleiben. Eine der bedeutendsten Entdeckungen der Psychologie in den

Abb. 1 Subjektive Lebenszufriedenheit in Deutschland



Quelle: Glücksatlas im Auftrag der Deutschen Post
Anmerkung: Der aktuelle Wert für 2011 ist das Ergebnis einer Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach.

Westdeutschland hatte 1984 einen Lebenszufriedenheitswert von 7,4, der bis 2003 auf 6,8 absank und aktuell bei 7,1 steht. In Ostdeutschland stand er 1991 bei 6,0 und stieg bis 2011 auf 6,8.



tische Amt in Großbritannien beauftragt, einen Glücksindikator zu entwickeln, der dann als Grundlage für Politik und Regierung dienen soll.

Seit 1991 ist das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland um 30 Prozent gestiegen. Es zeigt sich kein Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit. Das verfügbare Haushaltseinkommen ist aufgrund der Steuer- und Abgabensenkung sogar noch stärker gestiegen. Das Ifo-Institut hat kürzlich festgestellt: „Neuere Ansätze in der Volkswirtschaft untersuchen den Zusammenhang

Warum ist das so? Einerseits haben wir die Gewöhnung, das heißt die Ansprüche passen sich an die tatsächliche Entwicklung an. Mit steigendem Einkommen steigen also auch die Ansprüche, so dass daraus keine größere Zufriedenheit erwächst – die so genannte hedonistische Treitmühle. Zum anderen spielt der Vergleich eine Rolle, wodurch – sofern die materielle Existenz gesichert ist – weniger das absolute Einkommen als vielmehr das relative Einkommen für den Einzelnen entscheidend ist. Und Sie können sich immer

letzten 20 Jahren ist, dass Menschen ihre Art zu denken verändern können – jeder ist tatsächlich seines eigenen Glückes Schmid. Das heißt, wir können hier bei bestimmten Aktivitäten ansetzen.

Was ergibt sich aus dem Gesagten für die Wirtschaftspolitik? Ihr Ziel darf nicht Wirtschaftswachstum sein, sondern vielmehr ein glückliches langes Leben, also die Happy Life Years, die sich aus der Lebenserwartung und dem Grad der Zufriedenheit mit dem Leben errechnen, unter der Bedingung nachhaltigen Wirtschaftens.

Diskussion und Ausblick



19	90,33	95,51	90,90	-2,90	→	SELL
15	393,10	395,10	395,050	-15,10	→	SELL
159	3,15	3,95	3,55	-11,09	→	SELL
22	40,07	42,17	42,17	-2,90	→	SELL
55	1,30	1,39	1,34	-2,90	→	SELL
45	980,50	995,60	994,50	-22,73	→	SELL
110	55,67	56,67	55,47	-3,30	→	SELL
10	49,35	59,35	58,35	-1,12	→	SELL
220	678,77	708,10			→	SELL

Ein grundlegendes gesellschaftliches Umdenken ist notwendig, um die Zukunftsfähigkeit unseres Planeten zu gewährleisten – darüber waren sich alle Teilnehmer des Symposiums „Grenzen des Wachstums“ einig. Auseinander gingen die Meinungen darüber, ob dieser Wandel in Form einer Erhöhung der Ressourcenproduktivität geschehen kann oder ob eine drastische Senkung des Konsumniveaus notwendig ist. Die Referenten und das Plenum des Symposiums diskutierten beide Möglichkeiten ausführlich, ebenso wie die Frage nach der Bedeutung von Wachstum für das Glück des Menschen.

Podiumsdiskussion

Dr. Ursula Weidenfeld

Ursula Weidenfeld ist Wirtschaftsjournalistin, Autorin und Moderatorin. Sie war stellvertretende Ressortleiterin bei der Wirtschaftswoche, Ressortleiterin Wirtschaft und später auch stellvertretende Chefredakteurin beim Berliner Tagesspiegel und zuletzt Chefredakteurin der G+J-Zeitschrift impulse. 2007 wurde sie mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet, in dessen Jury sie im folgenden Jahr selbst berufen wurde.



Das globale Wachstum, das auf übermäßigem Ressourcenverbrauch basiert, ist nicht nachhaltig und bedroht die Existenz der Erde. In einem abschließenden Podiumsgespräch diskutierten Dr. Michael Otto, Vorsitzender des Kuratoriums der Michael Otto Stiftung, und die Referenten Prof. Meinhard Miegel, Prof. Michael Braungart, apl. Prof. Niko Paech und Prof. Karlheinz Ruckriegel über die Frage, ob die Menschheit rechtzeitig in der Lage sein wird, einen gesellschaftlichen Wandel einzuleiten und darüber, wie dieser aussehen könnte. Das Gespräch moderierte die Wirtschaftsjournalistin Dr. Ursula Weidenfeld.

Weidenfeld: Wir haben heute sehr viel über Wachstum und Wissenschaft gesprochen, nun würde mich einmal die unternehmerische Sicht interessieren. Herr Dr. Otto, wie lässt sich die Idee des Nullwachstums in Unternehmen implementieren, ohne dass die Eigentümer oder Aktionäre streiken und ohne dass man das Gefühl hat, das aufzugeben, was einen zu einem guten Unternehmer macht?

Otto: Es ist sicher nicht möglich, von einem Jahr zum anderen eine ganz andere Politik zu machen. Vielmehr geht es in erster Linie darum, wie man generell eine Wirtschaft oder auch ein Unternehmen neu ausrichtet. Unser vorrangiges Ziel war schon immer, den Markt gut zu versorgen und die Kunden zu begeistern. Dazu brauchen wir motivierte Mitarbeiter. Daraus ergibt sich dann alles andere. So ähnlich verhält es sich auch mit dem Thema Nachhaltigkeit. Wir achten bereits seit langem darauf, dass die Sortimente, die wir anbieten, hinsichtlich der Umwelt-

und Sozialstandards nachhaltig produziert werden, denn das ist auch aus Konsumentensicht wichtig. Aus unternehmerischer Sicht ist es aber natürlich entscheidend, Wege zu finden, die unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten ein gewisses unternehmerisches Ergebnis sichern. Denn wenn der Umsatz zurückgeht, werden wir irgendwann vom Markt verdrängt. Damit ist niemandem geholfen. Wir müssen also nach Möglichkeiten suchen, uns mit einem minimalen Wachstum oder sogar ohne Wachstum gut zu entwickeln. Das verlangt ein solides unternehmerisches Konzept, denn Lohn- und Kostenerhöhungen müssen weiterhin kompensiert werden. Und es ist nicht sinnvoll, diese über höhere Preise auf die Kunden abzuwälzen oder gar zu rationalisieren, indem wir zum Beispiel unsere Logistik nach Polen auslagern, um so über eine permanente Kostenreduzierung auch ohne Wachstum noch rentabel zu sein. Das kann nicht die Lösung sein, denn das würde zwangsläufig zu großen Arbeitsplatzverlusten in

Deutschland führen. Es ist also noch viel konzeptionelle Arbeit zu leisten.

Weidenfeld: Herr Ruckriegel, Sie haben uns ja sehr plausibel dargelegt, warum Glück und Wachstum nicht unbedingt zusammengehören. Gehören denn Glück und ein Arbeitsplatz zusammen?

Ruckriegel: Glück und Arbeit gehören natürlich zusammen. Die Arbeit muss aber auch bestimmte Anforderungen erfüllen. Die OECD hat insgesamt elf Indikatoren herausgearbeitet, die in Zukunft maßgeblich für das Handeln der Regierungen im Sinne einer Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bürger sein sollen. Einer davon ist die Arbeitslosenquote, insbesondere die Langzeitarbeitslosenquote, das heißt die Regierungen müssen „direkt“ auf eine niedrige Arbeitslosenquote hinwirken. Die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern ist seit 20 Jahren relativ hoch, weshalb es auch nicht wundert, dass dort

die Zufriedenheit deutlich geringer als im Westen war und ist. Die Politik muss also schon genauer hinschauen und nach den Gründen der Arbeitslosigkeit fragen und dann entsprechend handeln. Im Osten ist – bedingt durch die Art der wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Zuge der Wiedervereinigung – quasi von einem Tag auf den anderen Beschäftigung in großem Stil weggefallen. Deshalb hätte man schon früh daran denken müssen, von staatlicher Seite Arbeitsplätze in den Kommunen zu schaffen, etwa im Bereich von Sportvereinen und Jugendzentren, anstatt bloß Lohnersatzleistungen der einen oder andern Art zu zahlen. Das hat in Pilotprojekten gut funktioniert, das Selbstwertgefühl der Menschen gestärkt und die Zufriedenheit erhöht. Es hatte hier keinen Sinn, im Glauben auf das „segensreiche“ Wirken von Märkten auf ein Wachstum zu hoffen, das dann wie ein Wunder alle Probleme lösen würde.

Weidenfeld: Herr Braungart, Ihr Rezept lautet ja: Steuert um, macht Qualität. Meinen Sie denn, dass man dann auch eine Wirtschaft hätte, in der die Menschen glücklicher wären?

Braungart: Ich bin überzeugt, dass für das Glücklichein ganz entscheidend ist, wie man sich vergleicht. Die Menschen in der früheren DDR sind meiner Meinung nach vor allem durch den Vergleich mit ihren reichen Landsleuten im Westen unglücklich geworden. Ich habe viele

Naturvölker interviewt und deren eigentliche Angst ist nicht, zu sterben, sondern etwas zu verpassen, bevor man stirbt. Einer der größten Ausdrücke von Unglück ist Neid. Je mehr die Gesellschaft hinsichtlich des Einkommens auseinanderdriftet, desto unglücklicher wird sie tendenziell, weil immer der Eindruck besteht, etwas zu verpassen.

Weidenfeld: Neid ist ja aber auch die Keimzelle für eine Wachstumsorientierung in Gesellschaften.

Braungart: Ich glaube, die Hauptursache für diese Wachstumsfixierung liegt darin, dass die Menschen Angst haben. Wenn man sich die Produktivität von biologischen Systemen anschaut, dann ist Überbevölkerung nicht unser Problem. Würde man die kohlenstoffpositive

Gartenlandwirtschaft Hollands als Landwirtschaft der Zukunft nehmen, dann könnten wir auch 20 und 30 Milliarden Menschen sein. Das heißt, wir sollten zuallererst jedes Kind anschauen und sagen: schön, dass du da bist! Aber wir machen im Moment das völlige Gegenteil. Unsere gesamte Umweltdiskussion vermittelt uns das Gefühl, wir seien eine Bürde für die Erde. Und so lange sich die Menschen als Bürde sehen, haben sie Angst und werden raffgierig. Das heißt, die Raffgier und damit auch das Wachstum resultieren aus der Angst. Und darum ist es so wichtig zu sagen: Habt keine Angst, wir könnten viel mehr sein.

Weidenfeld: Herr Paech, wenn ich Sie richtig verstanden habe, würden Sie die Idee mit den niederländischen Gewächshäusern eher ablehnen.





Paech: Ja, denn jede Produktionskette, die zu große Distanzen schafft zwischen Verbrauch und Produktion, stellt thermodynamisch ein ökologisches Problem dar. Die kürzeste Produktionskette ist der eigene Garten oder der Community Garden, aber sie erzeugt natürlich nicht dieselben Quantitäten und schon gar nicht dieselben Mengen an monetärer Wertschöpfung. Deshalb werden wir es nicht schaffen, alle Menschen der Welt nur über Regionalversorgung zu ernähren. Aber man kann den Grad der Selbst- beziehungsweise Regionalversorgung erhöhen. Mir geht es um eine Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung. Und die Fremd-

Resilienz umsetzt. Resiliente Versorgungssysteme sind bescheidener, kleinräumiger, dezentral und beruhen auf so genannten mittleren Technologien. Aber sie sind stabiler, nämlich nicht so abhängig von Energie.

Weidenfeld: Die Menschen werden diesen Weg nicht freiwillig gehen. Wer muss ihn mit welcher Staatsform durchsetzen?

Paech: Eine Möglichkeit wäre die Bildung einer Avantgarde, bestehend aus Gruppen von Pionieren, die neue Lebensformen erproben und damit vorwegnehmen. Die Rolle von Politik und Medien wird sein, solche Tendenzen aufzugreifen und zu



versorgung, die gigantische Outputmengen ausspuckt und nebenbei das Wirtschaftswachstum anfeuert, ist die entscheidende Achillesferse. Wenn sich der Energiepreis erhöht, bricht der ganze Komplex zusammen. Das heißt, umgekehrt kann man auch dem Bevölkerungswachstum nur dadurch begegnen, dass man das Konzept der

verstärken. So erweitert sich das Spektrum der Möglichkeiten, die von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Denn dass die Menschen einen Lebensstil, der mit einer Postwachstumsökonomie harmoniert, nicht wollen könnten, ist eine sich selbst erfüllende Erwartung. Und die zweite Möglichkeit des Wandels ist Peak Oil.

Somit befindet sich unser Konsumstil zwischen Hammer und Amboss. Der Amboss ist Peak Oil und der Hammer könnten die Pioniere sein, die schon vorsorglich einüben, was später auch für alle anderen nur noch möglich sein wird.

Weidenfeld: Herr Miegel, wir haben heute mehrfach den Ruf nach dem Staat gehört, als es um die Einführung eines neuen Wachstumsmodells ging. Trauen Sie dem Staat das zu?

Miegel: Ja, das traue ich ihm durchaus zu. Die Reden der Bundeskanzlerin zum Beispiel strotzen vor geradezu erstaunlichen Sätzen in Bezug auf Wachstum und Nachhaltigkeit und die Gefährdung unserer Lebensgrundlagen. Interessanterweise werden diese Sätze von der breiteren Öffentlichkeit nicht aufgenommen. Das mag daran liegen, dass die Regierung nur sehr begrenzt nach ihren verbalen Manifestationen handelt. Aber solche Prozesse beginnen ja immer im Kopf, wo sollen sie denn sonst anfangen? Die Politik hat ja auch bereits einige Entscheidungen getroffen, denken Sie an den Ausstieg aus der Atomenergie. Und das setzt sich in anderen Bereichen fort. Davon abgesehen gilt für die Politik das gleiche, was für diesen Kreis hier gilt: Wir alle stochern doch gemeinsam im Nebel. Deswegen fällt es mir schwer, der Politik vorzuwerfen, dass sie nur auf Sicht fährt. Wie soll sie sich denn sonst bewegen? Alle Experten widersprechen sich. Am Ende jeder Sitzung der Enquete-Kommission schauen wir einander an und fragen uns, was wir tun sollen. Es ist verdammt schwer, in einer demokratisch geordneten Gesellschaft bei

dieser Gemengelage, bei dieser Gefühlslage, bei dieser Wissenslage klare zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen.

Braungart: Ich glaube, das wäre anders, wenn wir uns positive statt negative Ziele setzen würden. Dann hätte ich für meine Studenten Aufgaben, die würden mit großer Begeisterung daran sitzen. Und dann könnte man das alles umsetzen.

Otto: Ich denke da ähnlich. Wir werden die Menschen nicht überzeugen können, wenn wir mit erhobenem Zeigefinger sagen, was sie alles nicht machen dürfen oder wenn man zeigt, wie grauenhaft alles ist. Im Naturschutz zum Beispiel kann man sicherlich am stärksten überzeugen, wenn man wunderschöne Landschaften zeigt und möglichst schon Kinder dahin bringt, zu sehen, dass es sich lohnt, die Natur zu erhalten. Das heißt, positiv heranzugehen und dann klarzumachen, dass man etwas tun muss, damit es so bleibt oder damit man Dinge verbessert. Denn zuallererst muss jemand die Natur wertschätzen, dann wird er sich auch für ihren Schutz einsetzen.

Weidenfeld: Herr Paech, ich hätte gerne einen Satz von Ihnen zum erhobenen Zeigefinger. Das, was Sie uns vorgestellt haben, ist ja eine klare Verzichtsstrategie, oder?

Paech: Überhaupt nicht! Wenn ich mit einem Geschwulst zum Arzt gehe, dann sage ich ja auch nicht, ich verzichte jetzt auf dieses Geschwulst. Wir sind vollkommen voreingenommen, wenn wir sagen, man könne den Menschen nur positive Ziele vermitteln. Damit begibt man sich außerdem in Widersprüche. Alle Beispiele von Ihnen,

Herr Braungart, sind in Wahrheit auch nichts anderes als Reduktionsleistungen im Hinblick auf die Umweltbelastung. Und auch Sie kommen nicht drumherum, eine Ökobilanz vorzulegen, die minutiös darlegt, wie Sie es geschafft haben, ökologische Schäden, die Sie selbst auch in ihrem Vortrag kritisieren, zu reduzieren. Das heißt, es läuft auf eine Reduktion hinaus. Aber Reduktion muss ja kein Verzicht, sondern kann sogar eine Befreiung sein. Wir kommen nicht umhin, die Reduktionsleistung als Gestaltungsprinzip für moderne Gesellschaften als Ganzes und für die Menschen im Einzelnen zu rehabilitieren.

Braungart: Ich bin Naturwissenschaftler und es ist klar, dass Betriebswirtschaftler immer nur das Bestehende optimieren können. Ich dagegen frage immer erst, was ist das Richtige? Wenn Sie sagen, eine Farbe, die die Luft reinigt, ist nur etwas weniger schlecht, ein Teppichboden, der den Feinstaub aus der Luft filtert, ist weniger schlecht, dann verstehe ich Sie einfach nicht.

Paech: Wenn Sie Flugzeugsitze nach dem „Cradle to Cradle“-Prinzip konstruieren, dann machen Sie genau das, was sie kritisieren, Sie machen das Fliegen einfach nur etwas weniger schlecht. Das heißt, Sie widersprechen sich.

Braungart: Nein, ich frage zuerst: Wie können wir gesunde Luft haben, egal wo die Menschen sich aufhalten? Und dann gehe ich nicht hin und schreibe dem Menschen vor, was er zu tun hat. Ich mag die Menschen, wie sie sind und will sie nicht verändern. Im Grunde geht es um das Menschenbild. Wenn ich denke, dass

Menschen per se böse sind, muss ich sie kontrollieren, damit sie möglichst wenig böse sind. Das ist eigentlich eine Kulturdiskussion und eine Sozialdiskussion.

Miegel: Das ist genau das, was ich meine. Ich spiele jetzt den Politiker, welchem der beiden Herren soll ich denn nun folgen? Heute haben wir nur zwei in diesem Kreis. Wenn Sie in einer Enquete-Kommission sitzen, dann sind es 20! Am Ende der Diskussion haben Sie dann 15 unterschiedliche Meinungen und sollen entscheiden, was Sie machen wollen.

Weidenfeld: Herr Miegel, wenn wir die Debatten des heutigen Tages zusammenfassen, ist denn Wirtschaftswachstum tatsächlich die entscheidende Größe, über die wir hier streiten?

Miegel: Ich glaube, über diesen Punkt sind wir hinausgekommen. Die Frage lautet eher, was ist erforderlich, damit wir in einer Gesellschaft ein gewisses Maß an Befriedung haben, damit die Gesellschaft funktionsfähig bleibt, damit der Einzelne einen Lebenssinn hat, das sind also schon übergeordnete Ziele und nicht primär das Wirtschaftswachstum, wie wir es in der Vergangenheit gehabt haben.

Otto: Wir dürfen nicht vergessen, dass viele Länder auf der Erde ein bestimmtes Wachstum benötigen, um einen Mindestlebensstandard zu erreichen, also unter anderem Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Anlagen, eine vernünftige Gesundheitsversorgung, die Chance auf Bildung und Arbeit. In den Industrienationen sind wir jedoch sicherlich an Grenzen



gestoßen, so dass es hier – wenn überhaupt – nur noch um qualitatives Wachstum gehen kann. Eduard Pestel hat seinerzeit gesagt, ein gewisses Wachstum werden wir benötigen, um die großen Unterschiede auf der Welt auszugleichen, aber es muss ein organisches Wachstum sein. Und das heißt letzten Endes ein Wachstum nur in dem Umfang, in dem die Natur sich regenerieren kann. Über dieses Maß sind wir leider längst hinaus, wir müssen also schleunigst umsteuern. Dazu gibt es natürlich verschiedene Wege. Aber wir stehen unter Zeitdruck und können nicht nur eine Möglichkeit ausprobieren. Wir müssen stattdessen verschiedene Strategien anwenden, denn nur dann haben wir überhaupt die Chance, etwas zu erreichen.

Katrin Latsch, Journalistin

Wir haben in den letzten Jahren ein irrsinniges Wachstum in der Finanzwirtschaft gehabt, wobei im Grunde immer nur eine Sorte Geld gegen eine andere Sorte Geld getauscht wurde. Haben Sie eine Idee, wie man die Realwirtschaft, die wir uns im Sinne der Umwelt wünschen, stabilisieren und unabhängig machen könnte von diesem völligen Wildwuchs in der Finanzwirtschaft?

Paech: Sie haben recht, wir haben ein Problem mit dem Geldsystem. Eine Lösung könnte das so genannte Vollgeld sein. Demnach dürften Geschäftsbanken nur noch das an Krediten vergeben, was auch an Einlagen da ist. Dadurch würde die beliebige Geldschöpfung der Geschäftsbanken eingedämmt. Weiterhin ist die Tobin Tax notwendig. Eine Regionalwährung mit zinsloser Umlaufsicherung wäre eine

weitere Maßnahme. Und damit bin ich wieder bei der Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung. Zudem sind vollständig entmonetariserte Bereiche vonnöten. Wir werden nur resilient, wenn wir in der Lage sind, auch ohne Geld sinnstiftend Zeit zu verbringen und produktive Leistungen zu erbringen.

Otto: Letzten Endes muss sich die Finanzwirtschaft nur darauf zurückbesinnen, was ihre Aufgabe ist, nämlich die Realwirtschaft mit Liquidität zu versorgen. Die Finanzwirtschaft ist in den letzten Jahren ausgewuchert. Die Politik muss internationale Spielregeln schaffen. Leider wurde bisher nur sehr wenig umgesetzt. Ich bin auch der Meinung, dass man überlegen sollte, welche Finanzprodukte überhaupt angeboten werden dürfen und dafür eine Art TÜV schafft. Es gibt Finanzprodukte, die für die Realwirtschaft wichtig sind, aber es gibt auch reine Kasinoprodukte. Und letztere dürfte man meiner Meinung nach überhaupt nicht zulassen, denn sie blähen die Finanzwirtschaft auf und das führt zu den bekannten Risiken.

Miegel: Ich bin da anderer Auffassung. Ich glaube nicht, dass wir hier die brave Realwirtschaft haben und da die amoklaufende Finanzwirtschaft, sondern dass wir in der Realwirtschaft seit vielen Jahren kein reales Wachstum mehr haben, das den Wohlstand der Bevölkerung hebt. Das Wachstum, das wir haben, wird voll und ganz benötigt, um die Schäden vorausgegangen Wachstums zu kaschieren. Und infolgedessen hat sich die Gesellschaft ein Substitut gesucht, ein Wachstumssubstitut. Dieses Wachstumssubstitut ist die

Finanzwirtschaft. Und das Wachstum wuchert in diesem Bereich, natürlich ohne den Wohlstand zu mehren. Ich halte also nichts davon zu sagen, hier haben wir die gute Realwissenschaft, dort die böse Finanzwirtschaft, und jetzt wollen wir doch mal versuchen, das wieder zusammenzubringen. Es ist vielmehr eine gesellschaftliche Wurzel, aus der beides gesprossen ist.

Christoph Störmer, Hauptkirche St. Petri Hamburg

Ich bin nicht unbedingt der Meinung, dass der Mensch von Anfang an nur gut ist. Ernst Bloch sagte in seiner Philosophie, das Begehren sei das erste, was der Mensch hat, von klein auf schreit der Mensch und will mehr haben. Das gilt es zu gestalten. Es braucht zunächst eine Ästhetik des Lebens und dann kommt die Ethik. Da kann man ganz biblisch anfangen: Der erste Impuls der Schöpfungsgeschichte ist, dass nicht der Mensch die Krone der Schöpfung ist, sondern der Schabbat. Das heißt, einen Tag in der Woche loszulassen und durchzuatmen. Wenn man das tut, erlebt man die Schönheit der Schöpfung. Durch die Globalisierung ist uns diese Alternativ-erfahrung verloren gegangen. Wäre es nicht eine Möglichkeit, an der Stelle anzusetzen?

Ruckriegel: Religiosität und Werteorientierung spielen für das Glückselin auf jeden Fall eine Rolle. Der Kern aller Religionen jenseits der Frage, ob man an Gott glaubt oder nicht, besteht wohl darin, dass man sich anderen gegenüber so verhält, wie man selbst behandelt werden möchte. Die Neurobiologie hat herausgefunden, dass von Haus aus eine Art Fairness-Verhalten in uns angelegt ist. Das

beinhaltet schon viel Moral und Ethik. Das Problem besteht nur darin, dass es uns teilweise abtrainiert wird, zum Beispiel durch eine schwere Kindheit oder später im Geschäftsleben. Also ich würde sagen, Religion und Ethik sind wichtig, aber weitgehend in uns schon angelegt, und indem wir uns mehr damit beschäftigen, können wir natürlich auch profitieren.

Harald Köpke, Bund für Umwelt und Naturschutz

Ich mache jetzt 40 Jahre ehrenamtlich Umwelt- und Naturschutzarbeit und wenn ich so zurückblicke, dann waren wir vor der

die Entscheidung getroffen, nicht aktiver Politiker zu werden, weil ich gesehen habe, in welche aberwitzigen Situationen Politiker hineingeraten. Wir befinden uns hier in einer verhältnismäßigen homogenen Situation. Wir haben eine gemeinsame Basis, wir haben über diese Dinge nachgedacht, wir haben einen gewissen Bildungsstand und auf dieser Ebene lässt sich dann trefflich parlieren. Der Politiker aber ist ganz anderen Situationen ausgesetzt, und zwar ganz massiv. Dem sind nicht alle gewachsen. Ein früherer Bundespräsident hat einmal erklärt, er gehe davon aus, dass im Parlament etwa

möchte das Wort abschließend Herrn Dr. Otto übergeben.

Otto: Zunächst einmal Ihnen, Frau Weidenfeld, vielen Dank für die gute Moderation. Ich darf auch den Referenten besonders herzlich danken, denn wir haben wirklich gute Vorträge mit sehr unterschiedlichen Ansätzen gehabt und das ist wichtig, um sich eine Meinung bilden zu können. Wichtig ist aber, dass wir jetzt auch handeln. Dazu ist es sicherlich noch notwendig, dass wir Politik, Wirtschaft und Wissenschaft animieren oder sogar einen gewissen Druck ausüben, damit das



Wende weiter und haben danach einen riesigen Verlust gehabt. Können Sie mir den Glauben zurückgeben, dass die Politik in den nächsten Jahren daran etwas ändern wird?

Miegel: Nun, ich befinde mich in der für mich interessanten Position, die Politik verteidigen zu müssen. Das mache ich sehr selten, aber heute habe ich doch Anlass dazu. Ich persönlich habe für mich

zehn Prozent der Abgeordneten wissen, wovon jeweils die Rede ist. Ich denke, wir haben in diesem Punkt auch eine Bringschuld und müssen hin und wieder sagen, in welche Richtung sich die Politik bewegen sollte.

Weidenfeld: Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen herzlich, wir sind nun am Ende dieser Diskussion und ich

Tempo erhöht wird. Auch von meiner Stiftung aus werden wir eine Nachlese halten und schauen, wo wir noch ansetzen können, um manches zu beschleunigen und uns zu verbünden. Ich darf Ihnen allen ganz herzlich für Ihre Teilnahme danken, aber vor allem auch für das Netzwerk, das wir hier versammelt haben. Das brauchen wir, denn alleine kann keiner von uns etwas erreichen.

Die Hamburger Gespräche für Naturschutz

Seit 2004 veranstaltet die Michael Otto Stiftung die „Hamburger Gespräche für Naturschutz“. Die Symposien dienen dazu, die gesellschaftliche Debatte über wichtige Umweltthemen zu beleben, ein Bewusstsein für die Belange des Naturschutzes zu schaffen und integrierte nationale und internationale Lösungsansätze zu entwickeln.

Die Michael Otto Stiftung fungiert in diesem Prozess als Plattform und versammelt einflussreiche Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik an einem Tisch. Die Gespräche ermöglichen so eine intensive gesellschaftliche Debatte weit über den Tag der Veranstaltung hinaus.

„Wasser in Not“

Wasser war 2004 das erste Schwerpunktthema der Hamburger Gespräche, weil es bei der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen meist im Zentrum der Probleme steht. Diese wichtige Ressource ist durch Übernutzung und Verschmutzung akut gefährdet. Die globalen Entwicklungen und mögliche Lösungsansätze – etwa in der Landwirtschaft und im Klimaschutz – beleuchteten namhafte Referenten unter dem Titel „Wasser in Not“.

„Land unter?“

Der Klimawandel gefährdet nicht nur Menschen und Wirtschaftsgüter im Küstenraum, sondern auch unwiederbringliche Naturgüter wie etwa das ökologisch äußerst wertvolle Wattenmeer. 2005 erläuterten Experten auf der Veranstaltung „Land unter?“ die Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf die Küstenregionen und diskutierten Ansätze, wie der Natur- und Küstenschutz reagieren können.

„Natur im Klima-Deal“

Bei Fragen des Wasser- und Gewässerschutzes nimmt der Klimawandel eine entscheidende Rolle ein. Auf der Veranstaltung „Natur im Klima-Deal“ standen 2006 die Chancen und Risiken der Investition in CO₂-Senken im Vordergrund. Denn die artenreichsten natürlichen Lebensräume sind überwiegend auch die produktivsten Speicher von CO₂. Das betrifft tropische Regenwälder ebenso wie boreale Moore oder Korallenriffe der Ozeane.

„Fisch ohne Schutz“

Die Fischindustrie hat nicht nur dramatische Auswirkungen auf die Ökosysteme und die Biodiversität der Ozeane, die Überfischung bringt auch negative Folgen für die Menschen mit sich. Im Rahmen der Hamburger Gespräche 2007 „Fisch ohne Schutz“ erörterten Fischerei-Experten, Wirtschaftsvertreter und Politiker die ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen und diskutierten Lösungsansätze.

„Ende der Vielfalt?“

Die biologische Vielfalt zu erhalten, ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Dabei kommt der Landwirtschaft eine besondere Rolle zu. Wie kann sie trotz der weltweit steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen dem Arten-schutz besser gerecht werden? Dieser Frage gingen die Hamburger Gespräche 2008 „Ende der Vielfalt?“ nach.

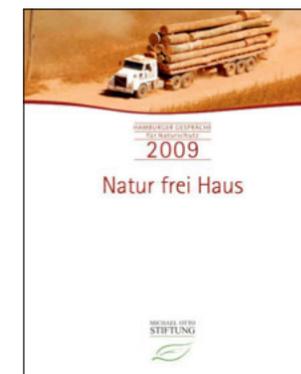
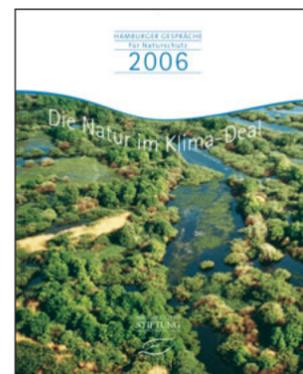
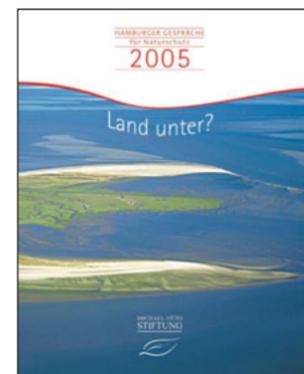
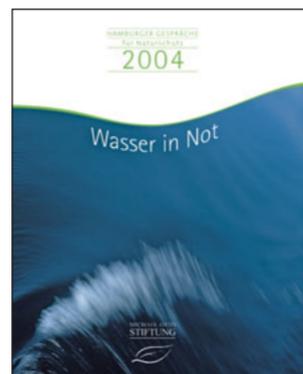
„Natur frei Haus“

Die biologische Vielfalt und deren unschätzbar großer Nutzen für die Menschheit gehen in kürzester Zeit unwiderruflich verloren. Ein möglicher Grund dafür könnte sein, dass die Nutzung der Natur in aller Regel gratis ist und deshalb wertlos erscheint. Unter dem Titel „Natur frei Haus“ diskutierten Experten anlässlich der Hamburger Gespräche 2009 über den riskanten Umgang mit dem Marktfaktor Natur und Wege aus der Krise.

„Stadt, Land, Flucht?“

Aufgrund der fortschreitenden Landflucht werden in naher Zukunft zwei Drittel der Weltbevölkerung in städtischen Großräumen und Megacities leben. Gleichzeitig verändern sich die Bevölkerungsstrukturen in den ländlichen Räumen. Sowohl die zunehmende Urbanisierung als auch die Entleerung provinzieller Regionen haben erhebliche Konsequenzen. Chancen und Risiken beider Entwicklungen standen 2010 auf der Veranstaltung „Stadt, Land, Flucht?“ im Fokus der Expertenvorträge und Diskussionen.

Die Dokumentationen der Hamburger Gespräche können Sie unter info@michaelottostiftung.org bestellen oder im Internet unter www.michaelottostiftung.de herunterladen.



Michael Otto Stiftung für Umweltschutz

Die Michael Otto Stiftung entwickelt Strategien und fördert Projekte für zukunftsweisende Perspektiven im Natur- und Umweltschutz. Um dieses Ziel zu erreichen, engagiert sie sich in drei unterschiedlichen Aktionsfeldern:

1. Förderung

Der derzeitige Förderungsschwerpunkt der Michael Otto Stiftung liegt beim Schutz von Fließgewässern und dem nachhaltigen Umgang mit Flusslandschaften. Bevorzugt werden Projekte, bei denen die eingesetzten Mittel langfristig und direkt dem Schutz der Natur zugutekommen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass der zu erwartende Projekterfolg beispielgebend ist und nicht auf regionale Wirksamkeit beschränkt bleibt. Der geografische Schwerpunkt liegt in Deutschland sowie im östlichen Europa, Nord- und Zentralasien.

Speziell junge Menschen unterstützt die Stiftung bei der Umsetzung ihrer eigenen „Aqua-Projekte“. Ziel ist es, die Eigeninitiative der Kinder und Jugendlichen im Bereich Naturschutz zu steigern und sie zu Verhaltensänderungen zu motivieren.

2. Bildung

Über Stiftungsprofessuren und die finanzielle Unterstützung von Forschungs- und Bildungszentren engagiert sich die Stiftung im Bildungsbereich. Die interdisziplinär ausgerichteten Stiftungsprofessuren widmen sich folgenden Zielen: Sensibilisierung der Studenten für umweltethische Fragen im gesellschaftlichen Handeln („Umweltethik“ an der Universität Greifswald), Diskurse über Nachhaltigkeit und globale Veränderungen („Sustainability and Global Change“ an der Universität Hamburg) und Erarbeitung wissenschaftlicher Ansätze für eine ambitionierte Klimapolitik und eine technologieorientierte Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls („Ökonomie des Klimawandels“ an der TU Berlin in Zusammenarbeit mit dem Potsdam-Institut

für Klimafolgenforschung). Vorrangiges Ziel der geförderten Bildungs- und Forschungszentren ist es, möglichst weiten Teilen der Bevölkerung die Relevanz des Themas Naturschutz näherzubringen. In diesem Zusammenhang hat sich die Stiftung für das Michael Otto Institut im NABU (Bergenhäuser), das Nationalparkzentrum Königsstuhl (Rügen) und das Erlebniszentrum Naturgewalten (Sylt) engagiert.

Mit den „Aqua-Agenten“ initiiert und koordiniert die Michael Otto Stiftung ein Kooperationsprojekt, das Hamburger Grundschulern ein ganzheitliches Verständnis der wertvollen Ressource Wasser vermittelt. So erleben Kinder an faszinierenden Wasserorten in Hamburg und über Unterrichtsmaterial ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge.

3. Dialog

Von Beginn an hat sich die Michael Otto Stiftung auch als Moderatorin gesellschaftlicher Interessengruppen verstanden. Sie initiiert Gespräche und bietet eine neutrale Plattform für Dialogveranstaltungen, die Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen an einen Tisch bringen und pragmatische Lösungen für aktuelle umweltpolitische Fragen erarbeiten. Neben den seit 2004 jährlich stattfindenden „Hamburger Gesprächen für Naturschutz“ engagiert sich die Stiftung im Rahmen verschiedener Dialogprojekte:

Die „Berliner Klimaerklärung der Michael Otto Stiftung“ ist Ergebnis der „Berliner Klimadiskurse“ und diente 2007 als Ausgangspunkt für die Gründung der Unternehmerinitiative „2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“, die Lösungen in

Bezug auf die Herausforderungen des Klimawandels entwickelt und vorantreibt.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf das Wattenmeer und die Wattenmeerregion standen im Mittelpunkt des „Wattenmeerdialogs“ (2007 bis 2010). Gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe aus renommierten Experten hat die Stiftung das „Zukunftsbild für eine klimasichere Wattenmeerregion“ entwickelt. Die Broschüre befasst sich mit wichtigen Zukunftsfragen und stellt Maßnahmen zur Diskussion, wie eine für alle Betroffenen wünschenswerte Zukunft erreicht werden kann. Sie soll den Gedankenaustausch anregen und zukünftige Dialoge durch kreative Ideen unterstützen.

Auch im Themenfeld Biodiversität hat die Stiftung im Anschluss an die „Hamburger Gespräche“ 2008 einen Dialogprozess gestartet mit dem Ziel, gemeinsam mit Landwirten und Naturschützern Lösungen für einen Erhalt der Biodiversität im ländlichen Raum in Deutschland zu suchen. Im „Fachgutachten über die Höhe von Ausgleichszahlungen für die naturnahe Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Deutschland“ von Prof. em. Dr. Ulrich Hampicke sowie im Positionspapier

„Biodiversität im landwirtschaftlich genutzten Raum Deutschlands“ der Michael Otto Stiftung werden mögliche Lösungsansätze dargelegt.

Garant für die Umsetzung der anspruchsvollen Zielsetzung der Stiftung ist das Kuratorium, das mit führenden Persönlichkeiten maßgeblicher Umweltinstitutionen, der Wissenschaft und der Wirtschaft besetzt ist:

Dr. Michael Otto | Eberhard Brandes
Jochen Flasbarth | Prof. Dr. Christoph Leuschner
Dr. Johannes Merck | Janina Otto | Olaf Tschimpke

Neben weiteren Informationen finden Sie alle genannten Publikationen zum kostenlosen Download auf www.michaelottostiftung.de.

MICHAEL OTTO
STIFTUNG



Impressum

Michael Otto Stiftung für Umweltschutz
Wandsbeker Straße 3 – 7
22179 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 - 64 61 64 52
Fax: +49 (0)40 - 64 64 64 52
E-Mail: info@michaelottostiftung.org
www.michaelottostiftung.de

Konzept, Text und Gestaltung:
Catrin Meyer (Text), Stefanie Oehlke (Gestaltung)

Bildnachweise

Tagungsfotos: Wolfgang Huppertz, Hamburg
Umschlag: thedailyshutter, fotolia.com
S. 3 und 10: Robert Kneschke, fotolia.com
S. 10/11: suteracher, fotolia.com
S. 32: visdia, istockphoto.com
S. 33: pamspix und kristian sekulic, istockphoto.com
S. 38: Glücksatlas im Auftrag der Deutschen Post
S. 40/41: Leonardo Franko, fotolia.com





MICHAEL OTTO
STIFTUNG

